Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97. Freitag, den 27. April 1906. 17. Jahrgang.

Die Wahl in Darmstadt.

Am gestrigen Mittwoch wurden die Wähler des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau an die Urne gerufen, um an stelle unseres Genossen Cramer, der sein Mandat aus den bekannten Gründen niedergelegt hatte, einen Vertreter in den Reichstag zu wählen. Drei Parteien standen sich in diesem Kampfe gegenüber: Unsere Genossen vereinigten ihre Stimmen auf den Landtags-Abgeordneten Genossen Berthold in Darmstadt, die Freisinnigen präsentierten als Kandidaten den nationalsozialen sinnigen präsentierten als Kandidaten den nationalsozialen Agrarier, Antisemiten, Zentrumsleute, Landwirtsbündler) den Rechtsanwalt Stein in Darmstadt.

Der zum großen Teil ländliche Kreis gehörte bisher nicht zu den sichersten für unsere Partei. Zum ersten Male fiel er 1898 in unsere Hände, nachdem wir bereits 1884 und dann seit 1890 regelmäßig mit den Nationalliberalen in Stichwahl gewesen waren. Die Entwickelung unserer Stimmenzahl zeigt folgendes Bild:

	Sozialdemokraten.	Vereinigte Gegner.
1884:	4892	11,014
(Stichwahl)	7535	10,587
1887:	4043	14,121
1890:	6069	12,900
(Stichwahl)	8897	12,142
1893:	5997	13,322
(Stichwahl)	7521	12,855
1898:	9013	10,830
(Stichwahl)	**12,471**	11,743
1903:	**14,144**	13,401

Die Gegner haben sich den Wahlkampf viel Geld und Mühe kosten lassen. Wie die „Volkswacht" wiederholt berichtet hat, haben sich die Söldlinge des Reichsschimpf- und Bettelverbandes mit der ganzen Kraft ihrer gekauften Ueberzeugung in den Dienst des Nationalliberal-Ultramontan-Antisemiten, Rechtsanwalt Stein gestellt.

In der gehässigsten Weise wurde in Presse, Flugblättern und Versammlungen von Reichsverbändlern und Konsorten gewirtschaftet, deutlich war besonders erkennbar ein Bestreben, künstlich Versammlungs-Tumulte hervorzurufen. Das übliche Schema: Eine allgemeine Wählerversammlung wird einberufen, den Gegnern wird freie Diskussion versprochen; dann sprechen fünf Stunden lang Redner für die Kandidatur Stein, die vorsorglich vorher in die Rednerliste eingezeichnet sind. Beleidigungen und Provokationen gröbster Art werden gegen die Sozialdemokraten und Freisinnigen herausgeschleudert — und verhalten diese sich nicht ruhig, dann ist das Terrorismusgeschrei fertig, den Spießer gruselig zu machen. Sind die Stunden verflossen, dann wird plötzlich Schluß gemacht, das Wort kriegen die Gegner nicht. Zweimal, in Darmstadt und in Arheilgen, wollen die Versammelten sich das nicht gefallen lassen: sie fordern nun endlich die versprochene Redefreiheit — da stürmt der nationalliberale Troß heran, rennt die Gegner, die sich zum Wort melden, über den Haufen und unter den Klängen: „Deutschland, Deutschland über alles" werden die Unbequemen herausgedrängt. Das ist bestätigt durch bürgerliche Leute und durch Zeugnisse in der bürgerlichen Presse; der „Mainzer Anzeiger", eines der anständigeren bürgerlichen Blätter, schrieb:

„Was sich die Nationalliberalen und ihre Verbündeten bis jetzt an Versammlungsterrorismus geleistet haben, das findet Vergleiche nur noch im Saarrevier."

Mit welchem Erfolg die reichsretterischen Maulhelden arbeiteten, davon zeugen die Ziffern des gestrigen Wahlausfalls, über den ein Privattelegramm der „Volkswacht" meldet:

Berthold (Sozialdemokrat)	**13,855**
Stein (nationalliberal)	10,320
Korell (freis.)	5,828

Unsere Stimmenzahl ist also um 289 zurückgegangen, die der Gegner um 2737 in die Höhe geschnellt, sodaß nunmehr Stichwahl nötig ist. Bei der ganzen Konstellation im Kreise, bei den ausgedehnten Landbezirken und der skrupellosen amtlichen und nichtamtlichen Hetze gegen die „vaterlandslose" Partei ist der Ausgang der Hauptwahl noch nicht einmal so unerfreulich, als auch Genossen im Kreise ihn erwarteten.

Bei der bevorstehenden Stichwahl werden unsere Genossen alles aufzubieten haben, um den Sieg an unsere Fahne zu fesseln. Ein Teil der bürgerlichen Demokraten, die für Korell stimmten, dürften für unsern Kandidaten eintreten, umsomehr, als die Nationalliberalen auch die Freisinnigen im Kampfe auf das schäbigste behandelt haben. Aber unsere Genossen werden doch sich auf die eigene Kraft, nicht auf fremde Hilfe verlassen.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Dem Riesenkampfe, der in diesen Tagen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der Breslauer Metallindustrie entbrannt ist, scheint sich allem Anscheine nach ein ähnlicher Kampf im hiesigen Baugewerbe anreihen zu wollen.

Folgenschwere Entscheidungen sind es, vor denen die Arbeiter im Baugewerbe, ebenso sehr aber auch ihre Unternehmer in diesen Tagen stehen. In fünf großen Versammlungen haben die Bauhilfsarbeiter, am Mittwoch Abend noch einmal über den Stand der Lohnbewegung sich Bericht erstatten lassen und beraten.

Ueber die Anfänge und die Entwickelung der ganzen Bewegung, soweit sie eben die Bauhilfsarbeiter betrifft, seien folgende Tatsachen in Erinnerung gerufen:

Nach dem am 31. Mai 1900 mit dem Arbeitgeberverbande abgeschlossenen Tarifvertrage betrug der Normal-Stundenlohn für Bauhilfsarbeiter 30 Pfennig, er wurde bei Abschluß des nächsten Tarifs von 1904 auf 32 Pfennig erhöht, also in vier Jahren um ganze zwei Pfennig! Im vorigen Sommer gelang es dann bekanntlich, vermittels Teilstreiks eine Erhöhung des Normalstundenlohnes auf 35 Pfennig durchzusetzen.

Der Hochstand der Baukonjunktur und die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung führten dazu, daß die Bauarbeiter in diesem Frühjahr wiederum eine Erhöhung ihres Lohne zu beantragen sich gezwungen sahen, sie verlangten unter sorgfältiger Berücksichtigung aller Verhältnisse einen Normalstundenlohn von 45 Pfennig und zugleich eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, zugleich auch die Anerkennung des Rechts, daß es den Mitgliedern des Verbandes gestattet sei, auf den Bauplätzen zu agitieren. Am 9. März fanden die ersten Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt. Letztere lehnten die Forderungen des Verbandes in ihrer Generalversammlung vom 23. März ab, vor allem erklärten sie eine Verkürzung

Arbeiter, Parteigenossen! Agitiert für die Maifeier!

Nieder mit dem Militarismus! Hoch der Achtstundentag! Fort mit dem Geldsackswahlsystem!

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

21] (Nachdruck verboten.)

Da ging ein leichtes Lachen um die Mundwinkel des Gewaltigen, und in seinen tiefen, schwarzen Augen blitzte ein grünlicher Funke auf. „Kleines Fräulein", sagte er leichthin, „Sie werden Ihre Sache gut machen. Ich weiß es. Na — und im Interesse für das Geschäft wollen wir allzeit gute Kameraden sein!"

„Ja, Herr Leonhard", erwiderte ich so kühl, wie es die ganze innerliche Entrüstung meiner sechzehn Jahre erlaubte, „ich werde mich ehrlich bemühen, allzeit für das Geschäft interessiert und tätig zu sein."

Wieder das fatale, halb gutmütige, halb spöttische Lachen, das mich zur Wut reizte. Ich ballte in den Falten meines Kleides die Hand zur Faust. Als ich auffah, lachten mich von dem Stehpult her zwei lustige, blaue Augen an; und, an die Barriere gelehnt, unterhielten sich die beiden Chefs über die neuesten Erfindungen unseres Musterzeichners.

Am Abend schrieb ich an Lotte. Ich schilderte ihr mein erstes Zusammentreffen mit Leonhard und beschrieb ihr die Frau. Sie sollte es wissen, daß dieser Mann sie um elendes Gold verraten hatte. Um Liebe gewiß und wahrhaftig nicht! Wer Lotte gekannt hatte mit dem blühend feinen Gesichtchen, Lotte mit den wunderbaren, klugen Augen, — und diese Frau dann sah, der wußte Bescheid. Ich wollte sie trösten und ihren Stolz aufstacheln. Und diese Bemühungen ließen von all' den in mir tosenden Empfindungen mich die eine klar erkennen: wenn mich je ein Mann verriete, sei's um Gold, sei es um Liebe, sei's aus Feigheit, — ich würde ihm keine Träne nachweinen!

* * *

Am Sonnabend pünktlich erstattete mir Julius Leonhard die sehnsüchtig erwarteten fünfzig Mark zurück, so daß, als ich am Nachmittag Herrn Herrig über die kleine Kasse Rechnung legte, alles auf Heller und Pfennig stimmte. Von diesem Zeitpunkt ab trat ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen Julius und mir in seine Rechte, das freilich oft genug erneute Attacken auf meine kleine Kasse zur Folge hatte.

Ob ich Unrecht tat, ihm zu geben? Ach, Herze, ich weiß es nicht! Vom rechtlichen Standpunkte aus gewiß. Aber ich half dem tollen Jungen aus peinlichen Verlegenheiten und bewahrte ihn durch Gewährung von kleinen Summen, die ich im Notfalle jederzeit aus meinem Gehalt hätte ersetzen können, vor der Gefahr, in Wucherhände zu fallen, vielleicht auch noch vor Schlimmerem. Bodenlos leichtsinnig war der Bengel! Der Chef half ihm wohl oft mit größeren Summen aus; gerade darum aber schämte sich der junge Mensch dieser immer wiederkehrenden kleineren Verlegenheiten dem reichen Bruder gegenüber.

Die größte Qual waren mir die Sonnabend-Abende. Der anfängliche Widerwillen in meiner Seele gegen die graue, stumpfe Masse, aus der sich keine lebendige Individualität heraushob, verwandelte sich in ein tiefes, flutendes, egoistisches Mitleid. Denn je öfter ich dort an der Barriere stand und je öfter das Geld unter meinen Fingern in kleine Münze zerschmolz, die kaum für den Lebensunterhalt des Einzelnen ausreichte, desto lebhafter fühlte ich mich dieser Herde des Elends verwandt. So gierig, wie ihr Leib nach Brot und Labung, so hungrig wurde meine Seele nach geistiger Speise, nach Wachstum und Frische, so durstig wurde mein Herz nach Genuß. Den Becher mit dem roten Trank zwar hatte meine Hand noch nicht berührt. Ich dürstete darnach, mein Herz auszugeben, um denen zu helfen, die zu trösten, die meine Schwestern und Brüder waren und im Elend weinten, — ich dürstete nach etwas Ungekanntem, sehr Hohem und sehr Schönem, von dem ich keine Vorstellung hatte. Und ich begann, die Fesseln, die meine Seele einschnürten, und die dicken Kontobücher, die meine Gedankenwelt ersticken wollten, aus glühendem Herzen zu hassen. Wenn ich Abends nach Hause kam, war ich so müde, daß ich kein Buch, keine Zeitschrift mehr anrühren mochte. Auch die Vergnügungen meiner Kameraden lockten mich nicht. Schon aus finanziellen Gründen hätte ich sie mir verweigern müssen. So legte sich allmählich ein dumpfer Bann auf mein Haupt, und nur die lechzende Sehnsucht nach Freiheit war es, die mich lebendig erhielt.

Aus jener Zeit kein Lied — —

Und die Tage gingen, die Tage kamen.

Als die Junisonne in den blühenden Tiergarten hinablachte und auf dem grauen Hofe vor meinem Kontorfenster der Sommerwind den Staub in Wirbeln trieb, da war mir's oft zu Mute, als müsse ein schweres Fieber über mich kommen, um mein Blut, das so träge und blaß durch meine Adern schlich, zu frischem Leben zu erwecken. Und eine wahre Gier nach diesem Fieber packte mich . . . .

Und die Nächte so heiß, so heiß! Im Bett konnte ich's nicht aushalten, die Federdecke erstickte mich. Dann sprang ich hinaus und legte mich ins Fenster, das ich zum Entsetzen meiner Stubengenossinnen stets öffnete, sobald sie eingeschlafen waren. Es waren zwei fremde Mädels, Du. Anna Nicolai war glänzend durchs Examen gefallen, und Mary Leike war in einem Tapisseriegeschäft in Stellung, wo sie gleichzeitig Pension hatte. Um die neuen Genossinnen kümmerte ich mich wenig. Tagsüber sahen wir uns nicht, und des Nachts schliefen sie.

Und ich lag im Fenster und sah in den Mond. Ueber meinem Haupte wölbte sich der helle Himmel, der Himmel, der nicht dunkel wird in der Juninacht. Die Sterne waren wie kleine, flimmernde Punkte nur, sie strahlten nicht, — und tief unten im Westen lag ein rotgoldener Schimmer, ein Schimmer vom ewigen Tag.

Die hellen Nächte!

Auch sie haben mir keine Kühlung gegeben.

Heiß, heiß, heiß schrie mein Blut . . . .

Dazu kam, daß Franz Leonhards Freundlichkeit beängstigend wurde. Sie ging so weit, daß er, der mich scharf beobachtet haben mußte, eines Sonnabend-Abends, ehe die Lohnauszahlung begann, dicht an mein Pult herantrat und mir einige Goldstücke hinschob mit der kurzen Bemerkung: „Es sind viele bedürftige Frauen unter meinen Arbeiterinnen, Fräulein Wilma. Ich lege die Hilfe in Ihre Hand."

Ein Schwindel drohte mich zu packen. Fest krampften meine Finger sich um das blinkende Gold. Ehe aber meine Blicke wieder klare wurden, hatte Franz Leonhard die Kontortüre schon hinter sich geschlossen.

Dieser Sonnabend-Abend, Liebling! Die Männer lohnte ich ab wie immer. Ich hatte das Recht nicht empfangen, auch ihnen mitzuteilen. Koglin war längst entlassen wegen unheilbarer Trunksucht. Was aus ihm geworden, in welchem Winkel er verkommen ist, davon habe ich nie gehört. Aber den Frauen durfte ich geben. Jenes arme Weib, dessen notgepreßte Bitte mir einst Herrn Herrigs erste Rüge zugezogen, trat nach ihrem Wochenbett zum ersten Male wieder an die Barriere. Sie tat den Mund mir gegenüber nicht mehr auf, aber das blaße, hohläugige Gesicht, der zusammengefallene Körper redeten eine sehr deutliche Sprache, — und ich schob ihr, unter den Talerstücken verborgen, eine blinkende Doppelkrone zu.

Zitternd strichen ihre schmalen Finger über das Geld. Plötzlich öffneten sich ihre Augen weit, wurden glänzend und starr . . .

Ich beobachtete sie gespannt und sah deutlich, wie ein Würgen in ihre Kehle kam, und während der Dauer eines Augenblicks eine stumme, furchtbare Qual in ihren Gesichtszügen sich ausprägte. Dann ging ein Ruck durch ihren Körper, sie schob das Goldstück zurück und sagte mit tonloser Stimme:

„Sie haben sich verzählt, Fräulein."

Ich wollte rasch erwidern; da aber sah ich, wie andere Gesichter sich mit dem Ausdruck von Neugier, Habsucht und Schadenfreude über die Schultern der Aermsten beugten, und mir ward eine plötzliche Erkenntnis. Ich nickte der Frau Hoffmann ruhig zu und nahm das Goldstück wie selbstverständlich zurück. Dann aber beugte ich mich vor, um rasch und leise nach ihrer Wohnung zu fragen.

Verwundert gab sie die geforderte Auskunft. Das war dieselbe Straße, in der ich einst, an einem wetterschwülen Oktoberabend, mit Veronika Märtens gefahren war.

Jetzt wußte ich, daß ich hier am Löhnungstage nicht geben durfte. Ich hatte gelernt.

Und als ich Abends heim kam, hielt eine seltsame Scheu mich zurück, der Oberin von der großen Güte meines Chefs zu erzählen. Ich war voll stiller Freude, und doch lähmte fast eine uneingestandene Angst mir die Schritte.

Auf meinem Tische fand ich eine Verlobungsanzeige. Meine Freundin Marie hatte den jungen Vikar, der während ihres Vaters schwerer Krankheit die Pfarre verwaltete, zum Lebensgefährten erwählt. Eine gedruckte Anzeige. Sie hatte sich also auch getröstet, so gut — vielleicht noch besser — als ich.

(Fortsetzung folgt.)

der Arbeitszeit gegenwärtig für völlig ausgeschlossen, ebenso wenig gestanden sie das Recht der Agitation auf den Bauplätzen zu. Dagegen waren sie bereit, eine kleine Lohnzulage zuzugestehen, derart, daß bei dreijähriger Dauer des Tarifs im Jahre 1906 der Lohn 36 Pfennig, im Jahre 1907 dann 38 und 1908 schließlich 40 Pfennig betragen solle.

Diese Vorschläge wurden wiederum von den Arbeitern als gänzlich unzulängliche zurückgewiesen. Die Verhandlungen gingen aber weiter; am 9. April fand eine Sitzung der Arbeitgeber statt, zu der auch drei Vertreter des Bauhilfsarbeiterverbandes hinzugezogen wurden, ebenso wie auch Vertreter des Maurer- und des Zimmererverbandes. Hier erklärten nun die Arbeitgeber, sie wollten den Arbeitern insofern entgegenkommen, daß sie mit der Festlegung des Tarifs auf nur zwei, anstatt drei Jahre einverstanden seien. Bezüglich der Stundenlöhne beharrten sie dagegen auf ihrem ersten Vorschlage, und nur für die Stein- und Mörtelträger, deren Lohn 40 bis 45 Pfennig beträgt, und für die eine Gleichstellung im Stundenlohn mit den Maurern (60 Pfennig) gefordert wurde, wollten sie 46 Pfennig im Jahre 1906 und 50 Pfennig im Jahre 1907 zugestehen.

Am 13. April wurden die Vorschläge der Arbeitgeber von einer Versammlung der Bauarbeiter abgelehnt, und erneute Antwort von den Unternehmern bis zum 25. April gefordert, nachdem man einen Vorschlag des Vorstandes, bis zum 5. Mai den Unternehmern Frist zu geben, zurückgewiesen hatte, weil man sich von ihnen nicht in die Länge ziehen lassen wolle. Die Unternehmer haben jedoch zunächst überhaupt nicht geantwortet, am 22. April aber hat der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes Wolfram in einer privaten Besprechung versprochen, daß sein Vorstand für eine Erhöhung der Normallöhne auf 38 Pf. für 1906 und auf 42 Pfennig für 1907 eintreten wolle, unter der Voraussetzung, daß eine friedliche Tarifvereinbarung sofort zu stande komme.

Am 23. April hat sich auch das Gewerbegericht angeboten, Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten. Indessen scheint es den Unternehmern trotz aller schönen Worte nicht um den Frieden zu tun zu sein, sondern sie wollen offenbar den Kampf. Am Dienstag, den 24. April, hatten nämlich die Arbeitgeber wiederum eine Sitzung, über deren Verlauf sie der bürgerlichen Presse folgende offizielle Mitteilung zugehen lassen:

„In der gestrigen, außerordentlich stark besuchten Versammlung des Arbeitgeberbundes des Maurer- und Zimmergewerbes wurde einstimmig beschlossen, weder Gesellen noch Bauhilfsarbeitern weitere Lohnzulagen zuzugestehen, die bisher angebotenen auch nur dann zu gewähren, wenn ein baldiger Tarifabschluß zustande käme.

Ein Beschluß wurde ferner dahin gefaßt, alle diejenigen Arbeiter, welche am ersten Mai (Dienstag) nicht zur Arbeit erscheinen, bis zum Schluß der Lohnwoche, also bis zum Freitag, den 4. Mai, auszusperren."

Zugleich erging an die Lohnkommission der Bauhilfsarbeiter ein Anschreiben, in dem Mitteilung gemacht wird, daß die Arbeiter über 17 Jahre pro 1906 einen Lohn von 36 und pro 1907 einen solchen von 38 Pfg. erhalten sollten, die Kalk- und Ziegelträger 46 bezw. 50 Pfg. im Jahre 1906 und 48 bezw. 52 Pfg. im Jahre 1907.

Mit dieser Sachlage hatten sich nun fünf große, vom Verbande einberufene Versammlungen der Bauhilfsarbeiter zu beschäftigen, über deren Verlauf im einzelnen weiter unten näher berichtet wird. Hier sei nur gesagt, daß die Erregung über das geringe Entgegenkommen überall eine große war, daß man den Streik für unabwendbar ansah, einen definitiven Beschluß aber in den nur informatorischen Charakter tragenden Versammlungen noch nicht für angebracht hielt, weil erst der Spruch des Gewerbegerichts abgewartet werden müsse, damit nicht gesagt werden könnte, die Bauhilfsarbeiter hätten irgend etwas unterlassen, das eine friedliche Beilegung des Konflikts herbeizuführen geeignet gewesen wäre. Entsprechend dieser Auffassung von der Sachlage kam in sämtlichen Versammlungen die folgende Resolution mit überwiegender Mehrheit zur Annahme:

„Die am 25. April tagenden Mitglieder-Versammlungen erklären sich mit den Beschlüssen der Vertreter der Lohnkommission der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einverstanden und verlangen in der am 30. April im Gewerkschaftshause stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung Berichterstattung über die am 24. April gepflogenen Verhandlungen der Mitglieder des Arbeitgeberbundes, sowie über die Einigungsverhandlungen vor dem Breslauer Gewerbegerichte, mit der Voraussetzung, daß die Verhandlungen zu einem friedlichen und endgiltigen Beschlusse gelangen."

Am Montage also werden die Würfel fallen, und wir fürchten, sie werden nicht Frieden, sondern Krieg, bitteren und hartnäckigen Krieg bringen. Die Unternehmer haben es ausdrücklich abgelehnt, den Arbeitern weitere Zugeständnisse zu machen, diese aber erklären mit Recht, daß die Lebensverhältnisse der Großstadt, die im Verhältnis zu den übrigen Gegenden Deutschlands und zu der Schwere und Gefährlichkeit des Berufes überaus niedrigen Löhne der Breslauer Bauarbeiter und die gegenwärtige hohe Konjunktur höhere Löhne erfordern, als die Unternehmer sie ihnen anbieten. Ebenso wie die Bauarbeiter, haben auch die Verhandlungen mit den Zimmerern und Maurern kein günstiges Resultat bisher zeitigen können. Die ihnen angebotenen Löhne von 52 Pf. für 1906 und 54 Pf. für 1907 ohne Verkürzung der Arbeitszeit bei zweijähriger Dauer des Tarifs sind für sie unannehmbar.

So gehen die im Baugewerbe beschäftigten gelernten wie ungelernten Arbeiter in den nächsten Tagen schweren Kämpfen entgegen. Die Entscheidung muß jetzt fallen, denn steht erst Pfingsten vor der Türe, sind die Bauten hoch gebracht, dann ist es zu spät, dann darf man mit Sicherheit erwarten, daß die Unternehmer alle Forderungen der Arbeiter mit einer Aussperrung beantworten. Sorge also jeder Maurer und Zimmerer, sorge vor allem jeder Bauhilfsarbeiter dafür, daß die nächsten Tage ihn auf dem Posten finden, auf den er gehört. Ruhig und besonnen erwägen, entschlossen handeln, das muß die Parole dieser Tage sein.

Ueber den Verlauf der einzelnen Versammlungen gehen uns folgende Berichte zu:

Im Vallhofe

auf dem Schießwerderplatze ging es überaus stürmisch und erregt zu. Die Erbitterung über die Verzögerungstaktik der Unternehmer sprach aus den Mienen und den Worten, besonders aus den Zurufen der Versammelten. Ueber 700 Arbeiter füllten dicht gedrängt den Saal, als Kollege Lukas gegen 8 Uhr die Versammlung eröffnete. Gauleiter Volkmann hatte das Referat. Er hob hervor, daß es wohl zu glauben sei, wenn bei den Arbeitgebern in ganz Deutschland gewaltiges Erstaunen herrsche, weil unter den gegenwärtigen 184 Lohnbewegungen im Baugewerbe Schlesien diesmal so stark vertreten sei. Galt doch Schlesien von jeher als das Land der niedrigen Löhne und der stets zufriedenen Leute. Zu Zeiten, wo die Nahrungsmittel hier im Osten noch wesentlich billiger waren, als im übrigen Deutschland, sei das wohl allenfalls erklärlich gewesen. Aber die besitzenden Klassen haben dafür gesorgt, daß es anders wurde, und nun sei auch der schlesische Arbeiter erwacht, und er müsse höhere Löhne fordern, um leben zu können.

Lebhafte Zustimmung und fortwährende Pfuis und Zwischenrufe begleiteten die Ausführungen des Redners, besonders als er von den Hoffnungen der Unternehmer sprach, es werde ihnen gelingen, durch fortgesetzte Aussperrungen die Streikkassen der Arbeiterverbände zu sprengen und damit den Kampfesmut der Proletarier zu brechen. Nicht enden wollten die Bravorufe und das Händeklatschen, als Volkmann der festen Ueberzeugung Ausdruck gab, daß, wo immer Aussperrungen über Arbeiter hereinbrechen sollten, die werktätige Sympathie und Hilfe aller übrigen Arbeiter mit ihnen seien.

Noch größer wurde die Erregung, als das ablehnende Anschreiben des Arbeitgeberverbandes an die Lohnkommission zur Verlesung gelangte, und als der Beschluß der Unternehmer bekannt gegeben wurde, daß alle durch Arbeitsruhe am 1. Mai demonstrierenden Bauarbeiter auf drei Tage ausgesperrt werden sollten.

In der Diskussion, die oft einen geradezu stürmischen Charakter trug, trat zu Tage, daß die Geduld der Bauarbeiter zu Ende sei, von einigen Seiten wurde sogar der Verbandsleitung der Vorwurf gemacht, daß sie zu nachgiebig den Unternehmern gegenüber sei, worauf Volkmann erklärte, daß auch die Verbandsleitung vor dem Kampfe nicht zurückschrecke und auf dem Standpunkt stehe, daß die Angebote der Unternehmer in der vorliegenden Form unannehmbar seien. Die Androhung der Unternehmer, die Teilnahme an der Maifeier mit der Aussperrung „bestrafen" zu wollen, wurde dahin beantwortet, daß die Bauarbeiter sich ihre Maifeier um keinen Preis nehmen lassen würden. Schließlich gelang es, die Resolution mit großer Majorität zur Annahme zu bringen, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß am Montag, wo auch der Vorsitzende des Hauptvorstandes anwesend sein wird, unbedingt die Entscheidung fallen müsse.

Von viel hundertfältigen Pfuirufen unterbrochen, gedachte Volkmann auch der Vorgänge am 19. April, um zu zeigen, welchen sich die im wirtschaftlichen Kampfe stehenden Arbeiter zu gewärtigen hätten. Als aber der Redner erzählte, wie ein harmlos nach Hause gehender Verbandskollege von hinter ihm kommenden Schutzleuten vor dem Hause Leuthenstraße 19 schwer verletzt worden sei, ging ein beispielloser Sturm der Entrüstung durch den Saal. Da griff der überwachende Kommissar nach seinem Helm und löste die Versammlung auf. Unverstanden verhallten seine Befehle in dem tosenden Meere der Pfuirufe und der Hochrufe auf den Verband. Doch gelang es schließlich, die aufgeregte Menge zu beruhigen, ohne Zwischenfall leerte sich der Saal, ohne Zwischenfall zerstreute man sich zwischen dem starken unter dem besonderen Kommando eines Polizeileutnants stehenden Schutzmannsaufgebot in die benachbarten Straßen.

Bei Jenke

fand Mittwoch Abend eine sehr gut besuchte Bauarbeiterversammlung statt, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigte. Aus aller Munde kam die Empörung zum Ausdruck, daß der Arbeitgeberbund die so bescheidenen Forderungen der Bauarbeiter schroff abgelehnt hatte. Der Referent Genosse Max Schelanske gab ein scharfumrissenes Bild von der Entwickelung und den Kämpfen des Bauhilfsarbeiterverbandes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Noch 1895, als der Verband gegründet wurde, betrug der Lohn 25 Pfennige pro Stunde, der sich dann durch Abschluß von Tarifen nach und nach auf 35 Pfennige pro Stunde erhöhte. Im Jahre 1905 wurde eine Zulage von 5 Pfg. pro Stunde gefordert, diese aber rundweg abgelehnt. Im August-September 1905 wurde der Lohn von 32 auf 35 Pfg. erhöht, der auch heute noch maßgebend sei. Der Arbeitgeberbund habe nun einen Tarif ausgearbeitet, wonach für alle über 17 Jahre alten Bauarbeiter gezahlt werden sollte: 1906 36 Pf., 1907 38 Pf., 1908 40 Pf., für Kalk- und Ziegelträger 1906 46 Pf., 1907 50 Pf., 1908 52 Pf. In Anbetracht der Verteuerung aller Lebensmittel könnten diese Vorschläge unter keinen Umständen akzeptiert werden. Den Maurern und Zimmerern habe man 52 bezw. 54 Pf. pro Stunde geboten, aber auch das sei als unannehmbar zurückgewiesen worden. Redner machte zum Schluß darauf aufmerksam, daß am kommenden Montag eine allgemeine Versammlung stattfinden werde, um endgiltig zu beschließen.

In der Debatte kam die völlige Uebereinstimmung mit den Darlegungen des Referenten zum Ausdruck. Es müsse an den gestellten Forderungen festgehalten werden. Käme es aber zum Kampf, dann müsse man einmütig zusammenstehen, damit ein günstiger Ausgang erzielt werde. Mit Rücksicht auf die schändige Haltung der bürgerlichen Presse wurde das Abonnement auf die „Volkswacht" dringend ans Herz gelegt, die einzig die Interessen der Arbeiter vertrete. Bei dieser Gelegenheit wurde das kapitalistisch-arbeiterfeindliche Gebahren des „General-Anzeigers" anläßlich der Polizei-Heldentaten auf das schärfste verurteilt.

Der Vorsitzende ermahnte schließlich zur Ruhe und Besonnenheit und schloß dann die schön verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Bei Weiske in Pöpelwitz

war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Bewunderungswürdig war die Ruhe, die während der ganzen Versammlung herrschte, das war, als handele es sich nicht um die leidige Lohn- und Brotfrage, sondern um irgend ein fernliegendes wissenschaftliches Thema, das zur Erörterung stehe. Und doch, die Anwesenden wußten genau, was sie wollten, einer wie der andere. Einstimmig fand die Resolution ihre Annahme. Der Referent in der Versammlung war Kollege Langer, der einen Rückblick auf die Tätigkeit der örtlichen Zahlstelle des Verbandes seit ihrer im Jahre 1895 erfolgten Gründung warf. Damals betrug der Stundenlohn 17 bis 22 Pfennige und alle waren bis dahin „zufrieden" gewesen, obwohl man es heut überhaupt nicht mehr begreifen kann. Bis zur Zeit ist der Minimallohn durch die Organisation auf 35 Pfg. pro Stunde gebracht worden. Mit so minimalen Erhöhungen, wie sie die letzten Zugeständnisse der Unternehmer bringen wollen, könne man nicht zufrieden sein.

Im Schlußwort bemerkte der Referent noch, in ganz Breslau sei die Ansicht verbreitet, wenn erst die Bauarbeiter streiken oder ausgesperrt werden, würden noch schlimmere Dinge vorkommen, als bei der Metallarbeiteraussperrung. Das wird aber nicht der Fall sein; den Bauarbeitern fällt es nicht ein, ihren Rücken den Polizeisäbeln hinzuhalten. Jede Störung der öffentlichen Ordnung würde ausgeschlossen bleiben.

Im Milde'schen Lokale

auf der Gräbschenerstraße hatten sich die Bauhilfsarbeiter in Massen eingefunden, um etwas über die zu treffende Entscheidung ihrer Lohnbewegung zu hören. Der große Saal war gedrängt voll. Das Referat des Kollegen Machol, der über die Geschichte der Lohnbewegungen der Breslauer baugewerblichen Arbeiter sprach, hörte man ruhig an, als er aber zu dem Punkte kam, um den es sich hauptsächlich handelte, um die Erklärung des Arbeitgeberbundes, daß er keineswegs geneigt sei, weitere Zugeständnisse zu machen, und die Stundenlöhne von 36 bezw. 38 Pf. überhaupt nur zahlen wolle, wenn ein Tarifvertrag mit zweijähriger Dauer zustande kommt, da brach die Unruhe aus. Eine Organisation mit 4000 Mitgliedern brauche sich nicht mit 1 Pf. Zulage abspeisen zu lassen, da sei es besser, es beim alten zu lassen und keinen Tarif abzuschließen. Einige Redner wollten gleich Schicht machen, in der Meinung, daß das Hinausschieben doch keinen Zweck habe. Reden, die auf Niederlegung der Arbeit hinzielten, wurden mit stürmischem Beifall begleitet. Offenbar war an der Stimmung der Teilnehmer der Versammlung zu merken, daß sie sich nicht länger vertrösten lassen wollen und an eine friedliche Lösung der Lohnfrage nicht mehr glauben. Das Verhalten der Arbeitgeber deute daraufhin, daß man es wie bei den Metallindustriellen auf eine Machtprobe ankommen lassen wolle. Es kostete Machol und dem Leiter der Versammlung große Mühe, die Kollegen zu beschwichtigen und sie zu veranlassen, der Resolution zuzustimmen. Die Anwesenden wurden dringend ersucht, ruhig und besonnen den Saal zu verlassen und einzeln, nicht gruppenweise nach Hause zu gehen.

Bei Pfingst auf der Uferstraße

verlief die Versammlung ebenfalls ohne jeden Zwischenfall, trotz der großen Erregung, die unter den etwa 400 Versammelten herrschte. Dittmann referierte hier. Auch hier wurde die Resolution einstimmig angenommen. Verschiedene Redner nahmen Veranlassung, auf die Ereignisse vom 19. April einzugehen; ihre Ausführungen wurden von den Entrüstungsrufen der empörten Versammelten begleitet. Ruhig ging die Versammlung auseinander; das starke Schutzmannsaufgebot fand nichts zu tun.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag beriet am Mittwoch zunächst die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1903. Die Abgeordneten Erzberger, Bachem und Kopsch wiesen auf die nahezu unglaublichen Etats-Ueberschreitungen hin, die in der Verwaltung der Kolonien, und zumal in der von Kamerun, an der Tagesordnung sind. Abg. Erzberger streifte die Verleihung eines württembergischen Ordens an Jesko von Puttkamer, und Abg. Kopsch gab zu dieser Verleihung einen sehr erbaulichen Kommentar. Herr von Soden, zur Zeit württembergischer Minister, war seiner Zeit lange mit Puttkamer in Afrika und erstattete auf Capribis Aufforderung über den Sohn des Exministers Bericht, als dieser zum Gouverneur ausersehen war. Herr von Soden spricht in diesem Bericht von tiefgewurzelten Pump- und Spielneigungen Jeskos und warnt vor seiner Ernennung so deutlich, wie es nur immer innerhalb der Schranken bureaukratischen Solidaritäts-Gefühls möglich war. Man ist dem Rate nicht gefolgt. Puttkamer jr. ist Gouverneur von Kamerun geworden. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. — Die Uebersicht ging nach allen diesen Erörterungen an die Rechnungs-Kommission, während die Novelle zum Schutztruppen-Gesetz, die den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete, an die Budgetkommission wanderte. Der eigentliche Zweck dieser Novelle ist, von hinten herum zu der abgelehnten weißen Schutztruppe für Ostafrika zu gelangen. Der Kolonialprinz machte aus seinem Herzen denn auch keine Mördergrube. Die Debatte war sonst recht unerheblich. — Weit lebhafter ging es bei der dritten und letzten Vorlage zu, die in dieser Sitzung zur Verhandlung gelangte. Der § 833 des B. G.-B. soll eine Aenderung dahin erfahren, daß die Haftpflicht der Tierhalter so gut wie völlig aufgehoben wird. Alle Ableugnungs-Versuche des Staatssekretärs Dr. Nieberding vermochten nicht, die einleuchtende Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß es sich bei dieser Novelle wieder einmal um eine Liebesgabe an die Agrarier handelt. Aber nur die Genossen Stolle und Molkenbuhr hingen der Katze die Schelle an, und nannten die agrarische Vorlage beim rechten Namen. Die Nationalliberalen machten eifrig mit und selbst der süddeutsche Volksparteiler Storz sprach sich nach manchen Wenns und Abers für die Vorlage aus, die in zweiter Lesung ebenso leider wie sicher angenommen werden wird. — Am Donnerstag: Diätenvorlage.

Die „Tanzhusaren". Die „Freie deutsche Presse", das Organ der Freisinnigen Volkspartei, stimmt wehmütige Klagen an über die sich mehrenden Zeichen des autokratischen Regiments und des damit zusammenhängenden Schwindens monarchischer Gesinnung. Als ein solches Zeichen sieht das freisinnige Blatt die Art an, wie Krefeld zu seinem Husaren-Regiment kam. Die Sache ist interessant genug, um noch mal aufgefrischt zu werden. Im Jahre 1902 hatte gelegentlich eines Besuchs in Krefeld der Kaiser beim Abschiede von einer Ehrenjungfrau, auf die Frage, ob sie auch tüchtig mit jungen Leutnants tanze, die Antwort erhalten: „Ach, Majestät, es sind ja gar keine Leutnants hier", worauf der Kaiser erwiderte: „Na, dann muß ich Ihnen einige herschicken" und hinzufügte: „Ich werde mein Wort einlösen." Am Abend desselben Tages erhielt der Oberbürgermeister von Krefeld aus der Kruppschen Villa Hügel von dem kommandierenden General von Bissing folgendes Telegramm: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs soll Krefeld Garnison erhalten. Ich bitte, baldige Vorschläge über Unterbringung eines Husaren-Regiments in der Stadt und Schaffung eines Exerzierplatzes in der Umgegend anzugeben." Als dann im Etat für 1903 die Ausgabe für diese Dislokation sich vorfand, richtete der Abgeordnete Eugen Richter am 21. Januar 1903 im Reichstage an den Kriegsminister die Frage, „ob er erst nach dieser Unterhaltung mit den Krefelder Ehrenjungfrauen von der Verlegung etwas erfahren, oder ob man ihn vorher zu Rate gezogen, oder ob er vorher seine Genehmigung dazu gegeben habe, oder ob er etwa in die Lage gekommen sei, nachträglich etwas gutzuheißen, von dem er vorher nichts gewußt habe, in der Alternative, dies entweder zu tun oder seinen Abschied zu nehmen." Auf all diese klaren Fragen ist eine Antwort nicht erteilt worden. In einer späteren Sitzung war es der Abgeordnete Hirsch vom Zentrum, der unter Zitierung einer freikonservativen Zeitungsstimme über die „Schädigungen durch das persönliche Regiment" seinem Unmut über die Maßnahme Luft machte und die diesmalige, sehr lahme Erwiderung des Regierungsvertreters wurde von

dem Abgeordneten Dr. Müller (Sagan) zurückgewiesen. Trotzdem ist vom Reichstage der Wunsch des Kaisers erfüllt worden, und am 2. April dieses Jahres hat der Kaiser selbst das bisherige Düsseldorfer Regiment in Krefeld eingeführt. In seiner Erwiderung auf die Ansprache des Oberbürgermeisters äußerte der Kaiser: „Der Stadt Krefeld habe ich an dem heutigen Tage mein Wort gehalten. Wenn ich mein Wort gebe, halte ich es auch. Der Stadt habe ich ihre Garnison gebracht und den jungen Damen ihre Tänzer."

„Trotzdem ist vom Reichstag der Wunsch des Kaisers erfüllt worden" — dieser Satz sagt gerade genug, wer denn eigentlich schuld an dem Zunehmen der Autokratie ist. Der Kaiser behandelt den Reichstag so, wie seine Mehrheit es verdient.

Rußland hat keine Grenze. Die sozialdemokratische Behauptung, daß Preußen als der Hort der Reaktion in der ganzen Welt gehaßt und verachtet werde, hat jetzt von sehr sachverständiger Seite eine unerwartete Bestätigung erfahren. Es ist kein anderer als der russische Ministerpräsident Graf Sergius Witte, der sich zu einem deutschen Zeitungsberichterstatter in diesem Sinne geäußert hat.

Der Petersburger Korrespondent der „Vossischen Zeitung" hatte mit dem Grafen eine Unterredung, in deren Verlauf das Gespräch auch auf die auswärtige Politik kam. Darüber erzählt er selbst:

Ich bemerkte, es sei sehr schmerzlich zu sehen, wie unfreundlich sich die russische fortschrittliche Presse gegen Deutschland verhalte, nachdem die deutsche fortschrittliche Presse die reaktionäre russische Regierung bekämpft habe. (?)

„... das darf Sie nicht wundernehmen", antwortete Graf Witte, „die Russen sind demokratisch, die Deutschen aristokratisch. Die russische Gesellschaft will eine Parlamentsregierung haben, und die russische Regierung weist immer auf Preußen hin, das auch keine solche habe."

Preußen hat es also nach dem einwandfreien Zeugnis des Lieblings der deutschen liberalen Presse — so bekämpft sie die reaktionäre russische Regierung! — schon soweit gebracht, ein russisches Rückschritts-Vorbild zu sein. Der reaktionäre Kurs, der hier gesteuert wird, macht sich als Hemmnis des Fortschritts auch für das geknechtete russische Volk empfindlich bemerkbar.

Unternehmer-Terrorismus schlimmster Art übt die Tischler-Innung in Hamburg. Der Vorstand dieser Unternehmer-Organisation versendet folgendes Rundschreiben:

„Zur einheitlichen Durchführung der Maßnahmen, daß vom 15. Februar 1906 ab nur noch solche Verträge unterschrieben und ausgeführt werden, welche die Streik- und Sperrenklausel enthalten, hat der geschäftsführende Ausschuß der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe in seiner Sitzung am 7. März 1906 nachstehende Resolution gefaßt:

1. Diejenigen Betriebsinhaber, die mit der Erklärung für die Streik- und Sperrenklausel und mit der daraus hervorgehenden Verpflichtung im Rückstande geblieben sind oder sich ausdrücklich geweigert haben, diese Erklärung abzugeben, ferner diejenigen, welche trotz der abgegebenen Erklärung und der damit übernommenen Verpflichtung wortbrüchig werden, indem sie Verträge ohne die Streik- und Sperrenklausel unterzeichnen und ausführen, sind von dem Generalunternehmer von dem Mitbewerb um Arbeiten und Lieferungen auszuschließen, sowie umgekehrt von den Einzelunternehmern geschäftlich zu meiden. Generalunternehmer und Einzelunternehmer haben diese Maßregel unter allen Umständen zur Geltung zu bringen.

2. Die Namen der rückständigen und widerstrebenden Betriebsinhaber sind den für die beschlossene Maßnahme eintretenden Betriebsinhabern mit Namen und Adresse bekannt zu geben, und zwar zunächst innerhalb der verschiedenen Innungen und Vereine.

3. Der geschäftsführende Ausschuß ist zu befugen, die Namen und Adressen der rückständigen und widerstrebenden Betriebsinhaber erforderlichenfalls innerhalb der ganzen Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe mit der Aufforderung zur Nachachtung und Ausführung im Sinne dieses Beschlusses bekannt zu machen. Hamburg, April 1906."

Welch ein Indianergeheul würde die Unternehmerpresse anstimmen, wenn Arbeiter sich derartiges gegen die famosen Arbeitswilligen, diese mustergiltigen Elemente des Gegenwartsstaates, herausnehmen würden! Sie würden mit vollen Backen nach dem Staatsanwalt schreien, daß er die Terroristen beim Schlafittchen nehme und ihnen Mores lehre. Dem Unternehmer-Terrorismus gegenüber aber schweigen alle Entrüstungsflöten.

Speck! Ueber das Thema „Made in Germany" — hergestellt in Deutschland — hat der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, Herr Speck von Sternburg, in Pittsburg einen Vortrag gehalten, in dem er auseinandersetzte, der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands sei ausschließlich ein Verdienst der Hohenzollern-Dynastie, insbesondere aber Wilhelms II. Darüber sagt er:

„Die Entwicklung ging nun rasch vorwärts, besonders unter dem weitblickenden Geiste des jetzigen Kaisers Wilhelm II., der bekanntlich einer der hervorragendsten technischen Fachmänner und Meister auf dem Felde der Mechanik in Deutschland ist."

Dieses Gerede, das eine ganze Nation herabsetzt, um einen einzelnen Mann maßlos hinaufzuloben, ist unwahr. Die Erfindungen, die Wilhelm II. gemacht hat, sind Herrn Speck so unbekannt wie uns, dagegen ist ihm ebenso gut bekannt wie uns, daß Wilhelm II. von Technik nicht mehr versteht als im Durchschnitt jeder gebildete Deutsche, und sicherlich weniger als mancher tüchtige Arbeiter, der sich auf dieses Fach beschränkt, und dafür von den zahlreichen Künsten und Fertigkeiten, in denen sich Wilhelm II. sonst übt, sehr wenig weiß.

Was für eine Vorstellung sollen aber die Amerikaner, die alles ganz ohne Kaiser und Könige geworden sind, was sie sind, von einem Volke bekommen, das nur dann etwas leisten kann, wenn es einen genialen Kaiser hat. Und was sollen sie von dem Geschmack eines Gesandten halten, der zu ihnen redet, als ob er ein preußischer Schullehrer und als ob sie preußische Schulkinder wären, und der unter dem Vorwande, zu ihnen zu sprechen, doch zu einem Dritten spricht, von dem er Amt und Brot hat und dem er in widerwärtiger Weise schmeichelt. In Amerika möchte kein so untertäniger [illegible] Speck; dergleichen muß aus Preußen importiert werden. „Made in Germany" — gemacht in Deutschland.

Ausland.

Die Erregung über das Blutbad in Calimera dauert in den weitesten Kreisen Italiens fort. Der Gemeinderat der toskanischen Stadt Sesto Florentino faßte eine scharfe Protestresolution gegen die wiederholten Proletariermorde und verlangte von der Regierung die strenge Bestrafung der Schuldigen. (Nebenbei bemerkt, hatte die Giunta, das heißt der Magistrat, derselben Stadt die festliche Einweihung eines neuerrichteten Schulgebäudes durch einen feierlichen Schüleraufzug beschlossen, der am 1. Mai stattfinden sollte. Aber der Präfekt der Provinz untersagte den Aufzug. Diese kleinliche Staatsretterei begegnet dem heftigsten Widerspruch in der Bevölkerung des Industrieortes.) Tiefen Eindruck hat das Blutbad von Calimera auch unter der Arbeiterbevölkerung der gewerblichen Lombardenstadt Brescia gemacht. Die Arbeiterkammer zu Brescia veranstaltete am vergangenen Sonntag eine Demonstration, die in würdigster und eindrucksvoller Weise verlief. In einem langen Zuge unter Voraustragung von Fahnen begab sich die Arbeiterschaft nach dem Garibaldi-Denkmal, woselbst ein Arbeiter eine tiefempfundene Protestrede hielt. Kein Zwischenfall störte die imposante Kundgebung.

Das neue Ministerium hat, um mit den Giolittianern aufzuräumen, einen Präfektenschub im größten Maßstabe vorgenommen. Etwa ein Viertel der Präfekten werden durch Versetzung, Pensionierung usw. von dem Schube betroffen. Unter den versetzten Präfekten befindet sich auch der Präfekt von Lecce, Chiaro, den die Hauptschuld an dem Blutbad von Calimera trifft. Er ist von Lecce nach Catanzaro versetzt worden. Die Provinz Catanzaro wird von dem neuen Präfekten nicht erbaut sein. In den Kreisen der sozialistischen Abgeordneten, die das neue Ministerium nicht ohne einen gewissen Enthusiasmus begrüßten, vergrößert diese Versetzung des schuldigen Präfekten das schon trotz der kurzen bisherigen Amtsdauer des Ministeriums Sonnino reichlich vorhandene Gefühl gründlicher Enttäuschung. Man hatte gehofft, daß Chiaro nicht versetzt, sondern mindestens zur Disposition gestellt werden würde. Es heißt aber, daß Chiaro an dem Staatssekretär im Ministerium des Innern, Codacci-Pisanelli, einen mächtigen Beschützer fand. Sonninos Popularität wird jedenfalls durch dieses nachsichtige Verhalten gegenüber dem Präfekten von Lecce nicht vergrößert.

Partei-Angelegenheiten.

Deutsche Preßfreiheit. Vom Schöffengericht in Leipzig wurde Genosse Heinig zu 200 Mark Geldstrafe wegen formeller Beleidigung zweier Aerzte verurteilt. Die beiden waren festbesoldete Kassenärzte gewesen und hatten als Vorstandsmitglieder des Vereins der festbesoldeten Kassenärzte mit den schroffsten Gegnern dieses Vereins, dem bekannten scharfmacherischen Aerzteverband, in Verbindung gestanden. Das Gericht betonte in seiner Urteilsbegründung, der Vorwurf des Verrats sei erwiesen, da die klagenden beiden Aerzte als Vorstandsmitglieder die Prinzipien des Vereins in einer Weise vertreten hätten, die sich mit ihren Worten nicht vereinbaren ließen. — Von der Strafkammer in Sorau wurde Genosse Werner wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Lehmann zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem soll er wegen „fahrlässiger Beleidigung" fünfzig Mark zahlen. — Genosse Buder mußte seine vierwöchige Gefängnisstrafe antreten, die ihm wegen Beleidigung des hochedlen Herrn Abgeordneten v. Dirksen zudiktiert war. Buder ist Buchdruckereibesitzer und soll die Beleidigung durch ein Flugblatt begangen haben, das er gar nicht einmal gelesen hatte.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Reuner von Bretzheim in zwei Artikeln wurde der Redakteur der „Mainz. Volksztg." zu 200 bezw. 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die „Beleidigungen" erfolgten aus Anlaß der Landtagswahlen in Mainz-Land.

Wegen angeblicher Beleidigung eines Polizeibeamten war Genosse Saal von der „Saarwacht" zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Der neu gebildete 5. Strafsenat des Reichsgerichts leitete am Dienstag seine Tätigkeit würdig dadurch ein, daß er die Revision des Angeklagten verwarf.

Arbeiterbewegung.

Der Maiumzug der Hamburger Arbeiterschaft ist gestattet.

Im Streik der Hamburger Seeleute ist keine wesentliche Aenderung eingetreten. Nach bürgerlichen Meldungen soll auf der Grenze von Hamburg und Altona am Nobistor ein Tumult durch Johlen verübt worden sein; einer der Streikenden ging in einen benachbarten Neubau, nahm dort einige Mauersteine und forderte die Menge auf, dasselbe zu tun. Der Aufreizer wurde verhaftet. Die Menge wurde schließlich von Hamburg-Altonaer Polizeimannschaften auseinander getrieben.

Die Schuhmacher in Leipzig haben dieser Tage in einer starkbesuchten Versammlung den Streik beschlossen. Sie fordern einen dreiklassigen Lohntarif, jedoch weigern die Unternehmer sich dessen. Ganz nach der Manier aller Scharfmacher wollen sie höchstens mit „ihren" Arbeitern Einzelverträge abschließen. Auch in der Frage des Arbeitsnachweises zeigten die Unternehmer kein Entgegenkommen, sodaß nur der Streik übrig blieb.

Zuzug ist streng zu meiden!

Feldarbeiterausstand. In Galizien ist in vier Bezirken ein Ausstand der Feldarbeiter ausgebrochen.

Zur Dienstbotenbewegung. Nachdem kürzlich in Nürnberg eine Organisation der Dienstboten gegründet worden, der jetzt 300 Mitglieder angehören, ist nun in Berlin ein weiterer Erfolg erzielt. Genosse Stadthagen hielt das Referat. Die Versammlung war stark von Dienstmädchen (und Dienern besucht. Das zum Schluß aufgestellte Programm verlangt die Abschaffung der Gesindeordnung, Koalitionsrecht für Dienstboten usw. Die erste Frucht dieser Agitation soll sein, Mietsverträge zwischen Dienstboten und Herrschaft schriftlich abzuschließen. Es sollen regelmäßig Sonntag-Nachmittagsversammlungen abgehalten werden.

Zum Textilarbeiterausstand in Aachen. Die seit Montag vor Ostern ausständige Belegschaft der Tuchfabrik von Meyer in Aachen beschloß in der Belegschaftsversammlung mit 209 gegen 3 Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit am Sonnabend wieder niederzulegen, wenn die Forderungen der Arbeiter nicht in der Weise erfüllt werden, wie sie vom Arbeitgeberverband in Aussicht gestellt sind.

Vom mitteldeutschen Grubenarbeiterausstande. Die Zahl der streikenden Bergarbeiter soll auf 4000 zurückgegangen sein. Die Grubenverwaltungen wiederholten angesichts der erneuten Bemühungen der Streikkommission, durch die Bergbehörde Verhandlungen anzubahnen, den Beschluß, daß nur die Arbeiterausschüsse der einzelnen Gruben zu verhandeln berechtigt seien.

Zum Bergarbeiterausstand in Nordamerika. Der Arbeiterführer Mitchell erklärte während der letzten Versammlung des Tarifkomitees der Hartkohlengräber Wilkesbarre, daß jeder Beschluß des Komitees durch die Konvention ratifiziert werden muß. Er berichtet, daß die Aussperrung im Hartkohlengebiet vollständig sei.

Zur Streikbewegung. Am 25. April streikten in Paris 15,000 Arbeiter, die Erdarbeiter, Maurer, Angestellten der Nahrungsbranche, Goldarbeiter, und beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Weitere Gewerkschaften werden sich anschließen.

Der Patrouillendienst der Gardes republicains, die während des Ausstandes der [illegible] worden. Der für die Buchdruckereien eingerichtete Ueberwachungsdienst erstreckt sich auf die Galanteriewaren- und Juweliergeschäfte. Die Ausständigen verhalten sich ruhig.

Im Nordbecken sind keine weiteren Unruhen vorgekommen; die Unternehmer scheinen bereit, Zugeständnisse zu machen.

In Marseille beschlossen 1250 Schriftsetzer den sofortigen Ausstand.

Neueste Nachrichten.

Ein Umzug der Ausgesperrten.

Ueber 2000 ausgesperrte Metallarbeiter veranstalteten am Mittwoch Mittag einen Protestumzug über die Promenade. Dem Zuge schlossen sich Frauen und Kinder an. Auf dem kleinen Exerzierplatz traten ihnen Polizisten entgegen und lösten den Zug auf. — So berichtet man aus Braunschweig.

Literatur.

Die soeben ausgegebenen Lieferungen 38 bis 40 der wiederholt von uns erwähnten und empfohlenen „Illustrierten Volksausgabe von Schillers Werken" (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt) enthalten das Schauspiel „Wilhelm Tell", das lyrische Spiel „Die Huldigung der Künste" und die Mehrzahl der von dem Dichter aus fremden Literaturen übertragenen oder für die deutsche Bühne bearbeiteten dramatischen Werke: die „Iphigenie in Aulis" und die „Szenen aus den Phönizierinnen" des Euripides, Shakespeares „Macbeth", Gozzis Märchenkomödie „Turandot, Prinzessin von China", und die französischen Lustspiele „Der Parasit" und „Der Neffe als Onkel." Unter den prächtigen, von den ersten deutschen Künstlern herrührenden Illustrationen, von denen diese Werke des Dichters begleitet sind, verdienen vor allem Ferdinand Kellers und P. Grot Johanns Meisterschöpfungen zur „Iphigenie in Aulis", die vortrefflichen Kompositionen von Gabriel Max und E. Roeber zu „Macbeth" und von E. Schraudolph zu „Turandot", endlich die graziösen Zeichnungen A. Walters zu „Der Parasit" und „Der Neffe als Onkel" hervorgehoben zu werden. Der Preis jeder Lieferung beträgt 30 Pfennig.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Maitag. Die gegenwärtige politische Lage Rußlands und die Aussichten für die Zukunft. Von Parvus. — Zum Kampfe um die preußische Volksschule. Von Heinrich Schulz. (Schluß.) — Das Wahlsystem für die russische Reichsduma. Von Al. Lositzki. — Die Selbstverwaltung der Landesversicherungsanstalten. Von Friedrich Kleeis (Wurzen). — Literarische Rundschau: Dr. Adolf Harpf, Morgen- und Abendland. Von Ernst Lange. Marianne Weber, Beruf und Ehe. Die Beteiligung der Frau an der Wissenschaft. Von Therese Schlesinger-Eckstein.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift**, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 17. Heft des zweiten Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat:

Glossen: San Francisco. — Machtproben. — Eine notwendige Revision. — Ostpreußen. — Deutsche Revanche. — Kurt Eisner: Bundestreue. — *.*: Der revolutionäre Wahlsieg in Rußland! — Robert Schmidt: Der internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung. — Leon Blum: Anatole France als Sozialist. — Hans Ostwald: Ein Ehestifter. — Bücherbesprechung.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgegeben von Dr. Südekum, Verlag von Paul Singer-Berlin.

Die neueste Nummer der „Kommunalen Praxis", die in einem Umfange von 16 Seiten vorgelegt wird, beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit der Frage der Versorgung von Schwangeren und Wöchnerinnen, einer Frage, die letzthin in dem Dresdener Stadtverordneten-Kollegium eine große Rolle spielte und den dort sitzenden Sozialdemokraten Gelegenheit gab, die unsoziale Haltung der antisemitischen und sonstigen kommunalen Reaktionäre an den Pranger zu stellen. Stadtv. Otto Uhlig-Dresden behandelt das erwähnte Thema in einer allgemein interessierenden Weise.

Auch sonst bietet die Nummer, die fast ganz aus Originalbeiträgen besteht, viel interessanten und lehrreichen Stoff, so daß wir das Abonnement auf die Zeitschrift dringend empfehlen können. Probenummern kann man jederzeit kostenlos von der Geschäftsstelle der Kommunalen Praxis Berlin W 15 beziehen.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius, Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3.50 Mk., das einzelne Heft 70 Pfg.)

Inhalt des zweiten Aprilheftes: Unser Bedürfnis nach ästhetischer Kultur. Von Karl Groos. — Redekunst. Von Bonus. — „J. S. Bach als Tondichter". Von G. von Lüpke. — Wölfflins Dürer. Von Eugen Kalkschmidt. — Lose Blätter: Religiöse Gedichte. — Rundschau: „Davon verstehe ich nichts." Anastasius Grün. Michael Georg Conrad. Neue Erzählungen. Umschau. Berliner Theater. Münchener Theater. Bach und die Gegenwart. J. S. Bachs Choralvorspiele. J. S. Bach von Philipp Wolfrum. Bachs Textbehandlung. Münchener Musik. Wie's gemacht wird. Zur Konzertreform. Hermann Teibler †. Umschau. Nochmals Maler-Erziehung. „Moderne Illustratoren". Nochmals Köln und sein Karneval. Wasserwirtschaft im Harze. — Bilderbeilagen: Dürer, Anbetung der Dreifaltigkeit; Engelskopf; Feldhase; drei Abbildungen zur ästhetischen Kultur: Aus Meißen. — Notenbeilagen.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

25. und 26. April	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 7,0	+ 6,8	+ 4,4
Luftdruck bei 0° (mm)	743,2	742,5	741,2
Dunstdruck (mm)	6,1	5,5	5,4
Dunstsättigung (pCt.)	81	78	87
Wind (0—12)	NW 3	NW 4	NW 3
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Briefkasten.

Jauer. Was Sie uns Mittwoch einsandten, stand Dienstag bereits in einem anderen Blatte. Wenn Sie schon für mehrere Blätter berichten — was wir Ihnen nicht übel nehmen — so müssen Sie es wenigstens so einrichten, daß die Berichte gleichzeitig in den verschiedenen Redaktionen eintreffen.

G., Polsnitz. Komme am 1. Mai Abends 6.18 Uhr dort an. Gruß.

Quittung.

Aus dem Distrikt 4 (Ohlauertor) durch Kwieter für den durch einen Polizisten verstümmelten Kollegen Siewald 7.10 Mk., von den Tapezierern zu gleichem Zwecke 6 Mk. erhalten.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Verantwortlich für die [illegible] „Breslauer Nachrichten", „Aus Schlesien und Posen", das Feuilleton und die Inserate: Robert Albert; — für alles Uebrige: [illegible]. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in [illegible]

1906 Maifeier 1906

Arbeiter, Parteigenossen!

Am 1. Mai haben wir nach den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse und der deutschen Parteitage in gewaltiger Weise für den Achtstundentag und den Weltfrieden zu demonstrieren. In diesem Jahre ist die Maifeier für uns in **Preußen** auch dem

Protest gegen das preussische Dreiklassenwahlsystem

und dem Kampfe für ein **freies Wahlrecht** gewidmet.

Wir sind verpflichtet, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da

die Arbeit ruhen zu lassen,

wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist.

In **Breslau** werden **am 1. Mai** folgende Kundgebungen veranstaltet:

Vormittags 9 Uhr:

4 Volks-Versammlungen

im **Gewerkschaftshaus**, Margaretenstraße 17,
im **Tivoli**, Neudorfstraße 35,
im „**Goldenen Zepter**", Klosterstraße 47.
im „**Ballhof**", Schießwerderplatz.

Im Anschluß an diese Vormittags-Versammlungen, für welche **Karten nicht ausgegeben** werden, findet ein

Ausflug nach Kosel

in das Lokal von **Kuhnt** statt; daselbst nachmittags **KONZERT** und **TANZ**.

Abends 8 Uhr:

9 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17,
Jenke, Ohlauer Chaussee,
„**Wilhelmsburg**", Neudorfstraße 54,
Dreikaiser-Saal (Milde), Gräbschenerstr.,
Nurr in Gräbschen,
Deutscher Kronprinz, Kurzegasse,
Weisse, Pöpelwitzstraße,
Bergkeller, Kletschkaustraße,
Pfingst, Uferstraße 48.

Der **Eintritt** in diese Abend-Versammlungen erfolgt nur gegen Vorzeigung von Karten, die von **Dienstag, den 24. April** ab bei den **Distriktsführern** des sozialdemokratischen Vereins, in der **Expedition der „Volkswacht"**, im **Gewerkschaftshause**, Margaretenstr. 17, im **Arbeiter-Sekretariat**, Nikolaistr. 18|19 und in den Bureaus der Gewerkschaften zu haben sind.

Die **Tagesordnung** in allen Versammlungen lautet:

„Die Maiforderungen des Proletariats".

Am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags von 4 Uhr ab finden

3 grosse Mai-Feste

statt und zwar im **Gewerkschaftshause**, Margaretenstraße 17, bei **Kuhnt** in Kosel und im **Bergkeller**, Kletschkaustraße 33.

Eintrittskarten zu diesen Festen à 20 Pfg. sind bei den obengenannten Stellen zu haben.

Arbeiter, Parteigenossen! Die diesjährige Maifeier soll der herrschenden Gesellschaft mehr als je zeigen, daß die klassenbewußte organisierte Arbeiterschaft sich energisch gegen alle Ausbeutung, politische Knechtung und Entrechtung zu erheben weiß. Darum:

Auf zur Maifeier!

Beilage zu Nr. 97 der „Volkswacht“.

Freitag, den 27. April 1906.

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung. Mittwoch, den 25. April, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Prinz Hohenlohe, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1903.

Abg. **Erzberger** (Zentrum) weist auf die zahlreichen, bis zu 300–400 Prozent gehenden Etatsüberschreitungen in den Kolonien hin. Derartige Ueberschreitungen dürfen wir nicht ohne weiteres hingehen lassen, wenn wir nicht das Budgetrecht des Reichstags völlig illusorisch machen wollen. (Sehr richtig! links.) Besonders arg ist in Kamerun gewirtschaftet worden, dessen Gouverneur von Puttkamer jetzt noch einen württembergischen Orden erhalten hat. Die Ausdehnung, die man dem Reservefonds gegeben hat, droht diesen so anschwellen zu lassen, daß er bald größer sein wird, als der ganze Etat. Man sollte daher erwägen, ob man nicht den Reservefonds ganz streichen soll. (Bravo! im Zentrum und links.)

Geh. Legationsrat Seitz erklärt, daß der Reservefonds nur als Ausgleichsfonds diene.

Direktor im Reichsschatzamt Twele bestreitet, daß irgendwie von absichtlicher Etatsverletzung gesprochen werden könne.

Abg. **Kopsch** (Freis. Vpt.): In Bezug auf die Mißwirtschaft in den Kolonien muß ich mich dem Abg. Erzberger anschließen. In einigen unserer Kolonien wird sparsam gewirtschaftet, aber Kamerun und Samoa bilden unrühmliche Ausnahmen. Bei der Zentralverwaltung von Kamerun ist der Voranschlag um 30,000 Mk überschritten worden. (Hört, hört! links.) Bei den „vermischten Ausgaben“ beträgt die Ueberschreitung nahezu 100 Prozent. Bisweilen hat auch Herr v. Puttkamer zu sparen verstanden, so bei den Versuchsplantagen, den naturwissenschaftlichen Sammlungen, den Telegraphenleitungen. Dagegen ist der Voranschlag für Dampferfahrten um mehr als 63 Prozent überschritten worden. Das hängt vielleicht mit der Vorliebe des Gouverneurs für Vergnügungsfahrten nach Südwestafrika zusammen. Insgesamt betragen in Kamerun die Ueberschreitungen rund 3/4 Millionen bei einem Gesamtetat von 3 bis 4 Millionen Mark. Das war nur möglich, weil die Verwaltung von Kamerun die Beschlüsse des Reichstages einfach mißachtete. Daß die Ueberschreitungen diese Höhe erreichten, erklärt sich daraus, daß der Gouverneur v. Puttkamer kein Verständnis für den Wert des Geldes hatte. Das soll ja vielfach bei jenen Kreisen vorkommen, die beim Spiele leicht mit Geld umgehen. Der Kollege Erzberger machte die interessante Mitteilung, daß Herr von Puttkamer einen württembergischen Orden erhalten hat. In Württemberg ist Herr v. Soden Minister. Dieser Herr v. Soden wurde vom Reichskanzler Grafen Caprivi zum Bericht über Herrn v. Puttkamer aufgefordert, als es sich darum handelte, diesen zum Gouverneur von Kamerun zu machen. In diesem Briefe heißt es unter anderem, daß Herr v. Puttkamer einen bedenklichen Rückfall in seine Spielpassion gehabt habe (Hört, hört! links), daß ein großer Leichtsinn und eine bodenlose Bummelei in Geldsachen das Charakteristische in Herrn v. Puttkamers Charakter sei. (Hört, hört!) „Wo ich Gelegenheit hatte“, schrieb damals Herr v. Soden, „auf die Spuren des Herrn v. Puttkamer zu stoßen, überall hatte er einen Pump etabliert.“ (Große Heiterkeit und Hört, Hört! links.) Herr v. Soden bezeichnet schließlich die Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Gouverneur als einen sehr gewagten Schritt, den man, wenn überhaupt, dann nur mit allen möglichen Kautelen, also besonders mit mit einem möglichst langen Provisorium, tun dürfe. Statt diesem Rat zu folgen, hat man Herrn v. Puttkamer sofort zum Gouverneur von Kamerun gemacht. Die jetzigen Ueberschreitungen, die die Rechnungskommission wohl genau nachprüfen wird, zeigen, wie berechtigt die Mahnung des Herrn v. Soden war. An der Mißwirtschaft des Herrn v. Puttkamer tragen diejenigen einen großen Teil der Schuld, die ihn zum Gouverneur gemacht haben, sowie auch die, die ihn bis zu dieser Stunde auf seinem Posten gelassen haben. (Lebh. Bravo! links.)

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.) rügt ebenfalls die vielen Etatsüberschreitungen, besonders in der Kameruner Verwaltung und regt an, als Abhilfemittel eine Instanz für Rechnungssachen im Reichsschatzamt zu schaffen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Erzberger** (Zentr.) weist darauf hin, daß derartige Etatsüberschreitungen in Togo nicht vorgekommen sind, obwohl dort die Verhältnisse ähnlich liegen wie in Kamerun. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Hiermit schließt die Debatte. Die Uebersicht wird der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Schutztruppengesetz. Die Novelle dehnt die bisher nur für Südwestafrika zulässige Möglichkeit der Einstellung weißer gemeiner Soldaten in die Schutztruppen auf die anderen Schutzgebiete aus und regelt die Pensionsverhältnisse der Angehörigen der Schutztruppen dahin, daß für die Berechnung des pensionsfähigen Diensteinkommens und der Pensionserhöhung die Charge maßgebend sein soll, welche die Betreffenden bei Fortsetzung ihres Dienstverhältnisses in der Heimat erreicht haben würden.

Abg. **Engelen** (Zentr.) beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Prinz **Hohenlohe** erklärt, daß auch nach Ablehnung der weißen Schutztruppe für Ostafrika die Regierung sich die Möglichkeit der Einstellung weißer Soldaten in den Kolonien sichern müsse.

Abg. **Hagemann** (natl.) bedauert die Ablehnung der weißen Schutztruppe und ist für Verweisung der Vorlage an die Budget-Kommission.

Hiermit schließt die Debatte und die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Aenderung des § 833 des B. G.-B.: (Haftung des Tierhalters). Dem Paragraphen soll folgender Satz hinzugesetzt werden: Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters zu diesen bestimmt ist und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Staatssekretär Dr. **Nieberding** empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Redner erklärt, daß die Regierung weitere Verhandlungen über den § 833 des B. G.-B. nur, um nicht das ganze bürgerliche Werk scheitern zu lassen, die Fassung akzeptiert habe, die der Reichstag damals in dritter Lesung dem Paragraphen gab. Diese Fassung widerspricht dem deutschen Volksempfinden und dem deutschen Volksrecht. Daher haben auch Länder, wie Baden und Schweiz, die das französische Recht aufgenommen haben, sich ihm in diesem Punkte nicht angeschlossen. Redner bittet insbesondere zu berücksichtigen, daß jetzt wohl der große Besitzer sich versichern kann, nicht aber der kleine Mann. (Beifall rechts.)

Abg. **von Trenenfels** (kons.) dankt namens seiner Freunde der Regierung für die Vorlage. Von einer agrarischen Tendenz kann keine Rede sein. (Oho! b. d. Soz.)

Abg. **Dasbach** (Zentr.) erklärt sich im Namen seiner Freunde für die Vorlage.

Abg. **Stolle** (Soz.): Der Entwurf trägt überwiegend ein agrarisches Gepräge und die Agrarier waren es auch, die zuerst nach ihm riefen. Bezeichnender Weise berüft sich die Regierung in der Begründung der Vorlage auf das Gutachten der preußischen Landwirtschaftskammern. Es mag ja manchen Landwirten unbequem sein, wenn er für den von seinen Haustieren angerichteten Schaden vollständig Ersatz zu leisten hat, aber auf der anderen Seite stehen doch Millionen von Leuten, die durch Tiere geschädigt werden können. Man hätte also auch bei den Geschädigten Ermittelungen anstellen müssen. Die Landwirte können sich ja gegen Haftpflichtleistung versichern, und man sollte von Staats wegen diese Versicherung obligatorisch machen. Schon jetzt gibt es Institute, bei denen man sich für ein paar Mark mit Hunderttausenden versichern kann. Es liegt also gar kein Grund vor, jetzt schon wieder Aenderungen des erst so kurze Zeit bestehenden Rechtes vorzunehmen. Wenn das Reichsgericht einige zu drakonische Urteile in dieser Sache gefällt hat, so ist doch jetzt eine Aenderung eingetreten, und das Reichsgericht ist zu milderen Urteilen gelangt. Ich habe soviel Vertrauen zu den deutschen Richtern (Hört, hört! rechts), daß ich glaube, sie werden hier auch das Richtige treffen. — Wenn die Haftpflicht des Tierhalters abgeschafft wird, so hat eine ganze Reihe von kleinen Gewerbetreibenden Schaden davon. Ich kann den Reichstag im Interesse der Bildung und der Gerechtigkeit nur dringend bitten, seine Zustimmung zu dieser Lockerung der bestehenden Gesetzgebung nicht zu geben. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding** weist auf einen Satz in der Begründung hin, worin es heißt: ebenso hat sich die erhebliche Mehrzahl der preußischen Handelskammern für eine Milderung der Haftpflicht ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Es sind auch nicht etwa Preußen und Mecklenburg, sondern auch Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Elsaß-Lothringen befragt worden. Wir haben Erhebungen bei den Landes- und Oberlandesgerichten angestellt, und uns auch bei den Vertretern des Lohnfuhrwerks, also städtischen Gewerbetreibenden, erkundigt. Wie kann man da von einer agrarischen Interessenpolitik sprechen? (Lebh. Beifall rechts und im Zentr.)

Abg. **Held** (Natl.) begrüßt die Vorlage. Das jetzige Gesetz ist geradezu ein Ausnahmegesetz gegen die Tierhalter. (Sehr wahr! rechts und in der Mitte.) Gewiß ist es für den Verletzten schlimm, keine Entschädigung zu erhalten. Aber wenn jemand vom Blitz getroffen wird, erhält er auch keine Entschädigung. (Lachen links, Bravo! rechts und in der Mitte.)

Abg. **Schrader** (Freis. Vgg.): Die Vorlage ist inkonsequent. Will man die Haftpflicht für den durch Haustiere verursachten Schaden beseitigen, so muß man auch die Haftpflicht der Unterhalter beseitigen. Es geht nicht an, so einfach den ganzen Schaden auf den Verletzten zu werfen. Die Vorlage, die den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet, befolgt in auch die umgekehrte Tendenz und macht die Automobilbesitzer auch für unverschuldeten Schaden haftbar.

Abg. **Brunstermann** (Rpt.): Das bestehende Recht ist direkt unmoralisch. Die Vorlage geht uns noch nicht weit genug und wir behalten uns Abänderungsanträge vor.

Abg. **Burlage** (Ztr.): Wohl spricht für das bestehende Gesetz das schöne und zukunftsreiche Gefährdungsprinzip. Aber diesem Prinzip darf keine allzuweite Ausdehnung gegeben werden. Es ist etwas anderes, wenn ein reicher Automobilbesitzer oder ein wenig leistungsfähiger Tierhalter den Schaden ersetzen soll. Selbst in Frankreich sind die einschlägigen Bestimmungen nicht so riporos ausgelegt worden wie in Deutschland. Diese rigorose Auslegung ist es, die uns zur Aenderung des bestehenden Gesetzes nötigt. Ich bin daher für die Vorlage.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Herr Held erklärte es für die denkbar größte Ungerechtigkeit, daß jetzt unter Umständen derjenige, der durch ein Tier körperlich verletzt wird, den Ersatz des materiellen Schadens beanspruchen kann. Will Herr Held diese Ungerechtigkeit beseitigen, dann sollte er eine gründliche Reform des B. G.-B. beantragen mit Beseitigung jeder Schadensersatzpflicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist noch nicht dagewesen, daß die Regierung bereit war, auf einen Initiativantrag hin so schnell eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Sie wäre kaum so schnell bereit gewesen, wenn der Reichstag etwa eine Aenderung zu Gunsten der durch Tiere verletzten Personen beschlossen hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Den Agrariern zuliebe aber wird gleich das Bürgerliche Gesetzbuch umgekrempelt. (Sehr wahr! bei den Soz., Gelächter rechts.) Hauptsächlich kommen Pferde und Ziehhunde respektive Esel für die Beschädigungen von Menschen in Betracht. Wenn die Regierung den kleinen Tierhalter entlasten wollte, so hätte sie dafür sorgen sollen, daß die Haftpflichtversicherungen und die Unfallversicherung mehr ausgebaut wurde. Man könnte wohl den Tierhalter mehr entlasten, ohne daß man dem Geschädigten und den Krüppeln die Entschädigung versagt. Der Herr Staatssekretär berief sich für die Notwendigkeit der Vorlage auf eine Reichsgerichtsentscheidung, die das Rechtsgefühl weiter Kreise verletzt hatte. Auf dem Gebiete der Strafjustiz sind sehr viele Urteile gefällt worden, die das Rechtsgefühl noch weit mehr verletzten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Beurteilungen streikender Arbeiter wegen Erpressung und die Anwendung des groben Unfugsparagraphen haben dem allgemeinen Rechtsbewußtsein weit mehr ins Gesicht geschlagen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Tat ist nicht das zarte Rechtsbewußtsein der Grund für die Aenderung des § 833, sondern das Interesse der Agrarier. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie (nach rechts) setzen hier das Reichsgericht in den Augen der Besitzenden so herunter, daß demnächst kein Hund ein Stück Brot mehr von ihm nehmen wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) In dieser ganzen Frage kommen sichtliche soziale Gesichtspunkte zur Entscheidung. Ich erinnere daran, wie Nationalliberale, Zentrum und Konservative im Abgeordnetenhause sich darüber entrüstet haben, daß Kindern auf Grund des Unfallversicherungs-Gesetzes Renten zugesprochen werden. Daß hjährige Kinder ausgebeutet und im Betriebe zu Krüppeln werden, das ist den Herren einerlei. Als Ungeheuerlichkeit empfinden sie nur, daß diese Kinder dann Rente erhalten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Derselbe Gedanke ist auch der Grundzug dieses Gesetzes. Und die Regierung wagt es nicht, den Agrariern zu widersprechen. Wenn die Regierung sich wieder einmal mit ihren sozialen Leistungen auf Weltausstellungen brüstet, dann möge sie auch diesen Gesetzentwurf mit ausstellen, um zum Ausdruck zu bringen, daß die deutsche Gesetzgebung so sozial ist, daß sie die Großgrundbesitzer sogar mit Pfennigen der Krüppel, Witwen und Waisen bereichert. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Hilbert** (wirtsch. Vgg.) spricht sich für das Gesetz aus, der Tierhalter soll von der Haftpflicht doch nur befreit werden, wenn er alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hat.

Abg. **Stolle** (Soz.): Daß die Handelskammern sich in demselben Sinne geäußert haben, wie die Landwirtschaftskammern, ist gar nicht wunderbar. Denn auch in ihnen sitzen viele Tierhalter. Herr Gröber hat sich seiner Zeit ganz anders geäußert wie heute Herr Burlage. Er hielt es für eine Forderung der Gerechtigkeit, daß derjenige den Schaden, den ein Tier anrichtet, tragen solle, der den Nutzen von dem Tiere habe. Wenn man hier das B. G.-B. ändert, warum dann nicht auch beim Wildschaden? Freilich, so bereit zur Gesetzesänderung ist die Regierung nur, wenn es Herr Ballin wie bei der Seemannsordnung oder hier die Agrarier verlangen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Katastrophe in San Francisco.

Die Miliztruppen sind alle zurückgezogen worden. Am 24sten April ist die telephonische Verbindung mit Oakland wieder zustande gekommen. Die Gürtelbahn ist auf den Uferstrecken wieder in Betrieb und vermittelt die Verteilung der Hilfsvorräte. Die elektrische Beleuchtung hat in East Street wieder begonnen und wird auf die Kais ausgedehnt. 200 Aerzte sind damit beschäftigt, die gesundheitlichen Verhältnisse von Haus zu Haus zu untersuchen. 107 Gesellschaften sind an der Versicherung der zerstörten Gebäude beteiligt. Die Verluste, die in Newyork auf nicht mehr als 125 Millionen Dollars geschätzt werden, bewertet man hier auf 175 bis 200 Mill. Dollars.

In San Francisco sind, dem „Tag“ zufolge, zwanzig Pockenkranke isoliert worden. — Hervorragende hiesige Bürger haben eine Beratung abgehalten, in der die Absicht besprochen wurde, San Francisco als eine der schönsten Städte der Welt neu aus der Asche erstehen zu lassen. Wohlhabende Bewohner von San Francisco und andere Personen stellen die notwendigen Geldmittel in Aussicht. Die Arbeiten sollen an der Wasserseite begonnen werden, wo neue Kais und neue Lagerhäuser mit einem Aufwand von 25 Millionen Dollars angelegt werden sollen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: Eine Meldung aus Washington bestätigt, daß die amerikanischen Behörden in San Francisco, sowie in anderen von dem jüngsten Erdbeben betroffenen Orten ihre Fürsorge allen Bedürftigen ohne Unterschied der Nationalität zu wenden und daß diese Fürsorge vorzüglich organisiert sei. Im Waldorf-Astoria-Hotel hielt der Californiaclub of Women eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, Gaben aus dem Auslande für die Geschädigten in San Francisco entgegenzunehmen. Die hierzu gefaßte Resolution besagt, die Ablehnung der Gaben aus Deutschland und dem übrigen Auslande durch Roosevelt werde viel Widerspruch im Lande. Es sei unrecht und schädlich das Recht zur Beisteuer aus Grund der Nationalität zu versagen. Die Annahme fremder Beiträge rechtfertige sich auch durch die große Zahl der Fremden unter der Bewohnerschaft von San Francisco. Schließlich habe man die Amerikaner niemals von der Hilfeleistung bei großen Unglücksfällen in Europa ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Schnee im Frühling. Wie aus Augsburg gemeldet wird, ist dort am Dienstag nach dem Regen heftiger Schneefall eingetreten. Ebenso wird aus Rostock berichtet, daß dort Schnee gefallen ist. Wie aus Kempten gemeldet wird, sind die Allgäuer Berge seit Dienstag mit Neuschnee bedeckt. In Krefeld fügte ein Hagelschlag, der von starken elektrischen Entladungen begleitet war, den Obstbäumen schweren Schaden zu. Auch aus den österreichischen Alpen werden starke Schneefälle gemeldet, die weit bis zum Süden reichen. Auch in Meran ist starker Schneefall eingetreten, in Gastein liegt der Schnee meterhoch, so daß der Bau der Tauern-Bahn oberhalb Gastein unterbrochen ist. In Salzburg herrscht anhaltender dichter Schneefall, durch den sogar Bäume niedergebrochen wurden. Auch auf dem Semmering bei Wien liegt hoher Schnee.

Ein Soldatenpeiniger. Aus Dresden wird berichtet: Der Unteroffizier Werner von der zweiten Kompagnie der Leibgrenadiere wurde wegen zahlreicher Soldatenmißhandlungen vom Oberkriegsgericht in Dresden zu fünf Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt und sofort verhaftet.

Die Ausbreitung der Genickstarre. Aus Essen an der Ruhr wird gemeldet: Die Genickstarre-Epidemie im Landkreise Duisburg dehnt sich weiter aus. Bisher sind 140 Erkrankungen und 100 Todesfälle festgestellt worden. In Stettin sind ein Unteroffizier und zwei Soldaten unter dem Verdacht der Genickstarre erkrankt und ins Garnisonlazarett gebracht worden. Wahrscheinlich haben sie sich die Krankheit während des Osterurlaubes zugezogen. — In Körlin an der Persante ist ein zwölfjähriges Mädchen an Genickstarre gestorben. — In Troppau (Oesterreichisch-Schlesien) sind bisher fünf Fälle von Genickstarre, darunter ein Fall mit tödlichem Ausgange, vorgekommen.

Unfall zur See. Der Dampfer „Florida“ ist dem „Hannov. Kurier“ zufolge auf der Fahrt von Singapore nach Hamburg untergegangen. Die gesamte Besatzung ist ertrunken. — In der Bucht von Juan, unweit Nizzas, ist in vergangener Nacht das Marseiller Boot „St. Antoine de Padona“ gescheitert. Der Kapitän und vier Mann sind ertrunken.

Der Einsturz des Gasthofs in Roeulx. Das Ergebnis der vorläufigen amtlichen Ermittelungen über die Verhältnisse liegt nun vor. Danach beträgt die Zahl der Toten mit den nachträglich Gestorbenen 52. Darunter befinden sich 17, deren Hinterbliebene in hilfsbedürftige Lage geraten sind; 11 Witwen und 31 unmündigen Kindern wurden der Ernährer entrissen. Sechs der Toten waren die Stützen ihrer Angehörigen. Von den 94 Verletzten sind 41 leicht und 53 schwer verletzt. 42 Schwerverletzte werden einer vorübergehenden oder dauernden Unterstützung bedürfen.

Hungersnot in Indien. Das indische Amt veröffentlicht folgenden amtlichen Bericht: Der Stand der Saaten ist in Punjab, in Bombay und Haiderabad gut, in Agra, Oudh, Radschputana und Zentralindien gering. Die Zahl der Personen, die Hungersnot-Unterstützung genießen, nimmt zu und beträgt jetzt 495,000.

Seemannslos. Aus Dover wird gemeldet: Die französische Bark „Dunkerque“, die auf der Höhe von Dover ankam, hatte an Bord die Ueberlebenden vom belgischen Schulschiff „Graf de Smet de Ngeyer“, das auf der Höhe von Prawle-Point während eines Sturmes sank. Der Kapitän und dreiunddreißig Mann der Besatzung des Schulschiffes sind ertrunken. Die Ueberlebenden gehen an Bord der „Dunkerque“ nach Hamburg.

Räuberischer Ueberfall. Am 24. d. Mts. war die 88 Jahre alte Ehefrau Charlotte des Schuhmachers Diamont, der im Keller des Hauses Wriezenerstraße 80 in Berlin wohnt, allein zu Hause und schloß deshalb um 9 Uhr die nach der Straße zu belegene Tür des Arbeitsraumes. Etwa um 1/2 10 Uhr klopfte es und die Frau öffnete. Vor ihr stand ein etwa 20 Jahre alter Mensch, der der Frau sagte, er wolle seine zur Reparatur gegebenen Stiefel abholen. Als die Frau diese vorzeigen wollte, erhielt sie plötzlich einen schweren Schlag über den Kopf und sank laut schreiend zu Boden. Der Bursche, der es jedenfalls auf einen Raub abgesehen hatte, scheint, nach dem Tatbestand, wohl infolge der Hilferufe der Frau sich sofort entfernt zu haben.

Zum Köstritzer Kraftwagenunglück sollte in Gera vor der reußischen Strafkammer gegen den Berliner Rechtsanwalt Dr. Willy Abrahamsohn und den Fahrer Karl Nowarczek aus Berlin wegen fahrlässiger Tötung verhandelt werden. Rechtsanwalt Abrahamsohn hatte am 2. Osterfeiertage d. Js. mit mehreren Herren und seiner Gattin eine Fahrt nach dem Thüringer Wald unternommen. Mit unzulässiger Geschwindigkeit sauste der Kraftwagen in das Weberdorf Köstritz hinein. Die beiden Kinder des Tuchmachers Schröter sahen das rasende Ungetüm von weitem ankommen und wichen ihm auch rechtzeitig aus. In der von dem Kraftwagen verursachten Staubwolke fanden sie sich aber nicht mehr zurecht und kamen unter den schweren Wagen, der über den Leib des ersten Kindes wegging, so daß es sofort getötet wurde, das an der Hand der Schwester gehende kleinere Mädchen wurde schwer verletzt, ist aber inzwischen wieder hergestellt. Nachdem die Kinder überfahren waren, bremste der Führer Karl Nowarczek, um nachzusehen, was er angerichtet habe. Als er jedoch aussteigen und den Opfern helfen wollte, nahm die im Wagen fahrende Dame die Sache und rief: „Wir fahren durch!“ und fort ging's in schnellster Zeit. Das war das Glück der Insassen, denn die Erregung unter der Weberbevölkerung [illegible] groß, daß sie sicher gelyncht worden wären. Die Geraer Polizei war jedoch inzwischen durch Fernsprecher benachrichtigt worden, und so wurden die unbarmherzigen Kraftwagenfahrer in Gera, wo sie ebenfalls in großer Schnelligkeit durchfuhren, festgehalten und ihre Namen ermittelt. In der Folge erließ dann Rechtsanwalt Abrahamsohn eine Er-

Abg. Burlage (Zentr.) polemisiert, auf der Tribüne unverständlich, gegen den Abg. Stolle.

Abg. Storz (Südd. Volksp.) steht der Vorlage wohlwollend gegenüber, wünscht aber eine bessere Fassung derselben.

Damit ist die erste Beratung erledigt. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird die zweite Lesung sofort im Plenum erfolgen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Diätenvorlage, Automobilhaftpflichtgesetz, Vogelschutzgesetz und Wahlprüfungen).

Schluß 5¾ Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. April.

Die Breslauer Polizei-Metzelei

wird höchstwahrscheinlich im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, bei geeigneter Gelegenheit die Sprache auf die Breslauer Angelegenheiten zu bringen und hat zum Fraktionsredner den Abgeordneten für Breslau-West, Genossen Eduard Bernstein, bestimmt.

Zur Aussperrung in der Metallindustrie

wird uns geschrieben:

Es wird immer klarer, daß die Unternehmer es auf eine Machtprobe abgesehen haben. Besonders da die Unternehmer in ihrer am 21. April stattgefundenen Sitzung beschlossen hatten, „daß die Aussperrung nur aufgehoben werden werde, wenn die bei der Maschinenbauanstalt Breslau und in der Kemna'schen Fabrik in den Ausstand Getretenen die Arbeit wieder aufnehmen."

Da nun nicht gesagt ist, in welcher Form die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen solle, außerdem die Arbeiterschaft bei früheren Gelegenheiten wiederholt die Hand zum Frieden geboten hatte, beschlossen die Vertrauensleute der Former und Gießereiarbeiter, daß mit Rücksicht auf die Erklärung der Industriellen die in den einzelnen Betrieben bestehenden Betriebs-Kommissionen vorstellig werden und den Unternehmern vorschlagen sollen: Nachdem die Differenzen bei der Maschinenbauanstalt und bei Kemna zur Verbandssache gemacht worden sind, von Organisation zu Organisation darüber zu verhandeln. Sollte dieser Vorschlag abgelehnt werden, so sollen die Kommissionen ermächtigt sein, den Gießereibesitzern vorzuschlagen, daß eine Kommission bestehend aus Gießereibesitzern einerseits und Formern und Gießereiarbeitern andererseits gebildet wird, die dann unter Ausschaltung beider Organisationen nicht nur über die Differenzen bei Kemna und in der Maschinenbauanstalt entscheiden möge, sondern auch allgemeine für das Gewerbe geltende Grundsätze, betreffend die Lohn- und Arbeitsbedingungen, festlegen könne.

Am Dienstag Vormittag wurden nun die Kommissionen vorstellig. Das Ergebnis war, daß die Verhandlung von Organisation zu Organisation abgelehnt, der Vorschlag, eine Kommission zu bilden, aber sehr sympathisch aufgenommen wurde. Die Unternehmer sprachen sich mehr oder weniger dahin aus, daß dies ein Weg sei, um zur Verständigung zu kommen und den auch ihnen nicht erwünschten Zustand, der durch die Aussperrung geschaffen wurde, zu beenden. Schien es danach so, als wenn durch einen ehrenvollen Vergleich die Aussperrung beendet werden könnte, so wurden die Arbeiter sowohl als auch die einzelnen Unternehmer bitter enttäuscht, denn in der am Dienstag Abend stattgefundenen Sitzung der Metallindustriellen wurde der Vorschlag, eine aus Unternehmern und Arbeitern bestehende Kommission zur Beilegung der Streitigkeiten zu bilden, abgelehnt und folgender Beschluß gefaßt: „Nach Anhörung der heut gestellten Anträge der Deputationen hat der Verband schlesischer Metall-Industrieller beschlossen, daß die Aufhebung der Sperre von der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden bei den Firmen Kemna und der Maschinen-Bauanstalt Breslau abhängig sei und daß Maßregelungen nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht stattfinden dürfen."

Hiernach wollen also, wie ja auch Herr Gutsmann offen ausgesprochen hat, die Unternehmer die Machtprobe fortsetzen. Sie haben den von ihnen selbst als gangbar bezeichneten Vorschlag grundlos abgelehnt und damit vor aller Welt den Beweis geliefert, daß es ihnen nicht darauf ankommt, eine Verständigung zu erzielen, sondern daß sie lediglich darauf ausgehen, die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen ihres Unternehmerhochmuts zu machen. Das aber wird und soll den Herren nicht gelingen.

63,441.70 Mark Strafe

verhängte Mittwoch die hiesige Strafkammer über den „Breslauer General-Anzeiger." Es handelte sich dabei um den Prozeß wegen Postdefraudation in großem Umfange, die von der Geschäftsstelle des genannten Blattes verübt wurde, und die sowohl die Strafkammer als auch das Reichsgericht seit drei Jahren wiederholt beschäftigt hat.

Nach dem Postgesetz vom 28. Oktober 1871 dürfen Zeitungen politischen Inhalts, die öfter als einmal wöchentlich erscheinen, nach Orten mit Postanstalt außerhalb eines Umkreises von zwei Meilen nur mit der Post versandt werden, doch ist die Beförderung gegen Bezahlung durch Expreßboten und Fuhren gestattet. Auf der Freiburger und Glatzer Strecke war die Beförderung nun in der Weise erfolgt, daß man eine entsprechende Zahl von Fahrkarten für ein ganzes Wagenabteil löste und darin die Zeitungen als Handgepäck unterbrachte, um sie dann auf den einzelnen Bahnhöfen den dort wartenden Agenten auszuhändigen. Bei einer postalischen Revision eines Zuges entdeckte die Postverwaltung dieses Beförderungsverfahren, in dem sie eine unzulässige Handhabung der im Postgesetze gemachten Konzessionen, resp. eine Umgehung von dessen Vorschriften erblickte, insofern, als so wenige Boten „Handgepäck" für sechszehn Personen mit sich führten. In dem stattgefundenen Termine erfolgte im Jahre 1903 jedoch die Freisprechung sämtlicher Angeklagten, indem das Gericht annahm, daß ein expresser Bote, der mehrere Plätze im Eisenbahnwagen bezahle, auch das Recht habe, eine entsprechende Menge Handgepäck mit hineinzunehmen.

Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Es erfolgte jedoch abermalige Freisprechung, da das Gericht annahm, die Angeklagten hätten sich nicht in einem Rechtsirrtum, sondern in einem Tatsachenirrtum befunden. Der Staatsanwalt legte wieder Revision ein, der abermals stattgegeben wurde, indem das Reichsgericht jetzt annahm, die neuerliche Entscheidung der Strafkammer beruhe auf einem Rechtsirrtum.

Im September vorigen Jahres verhandelte dann die Strafkammer zum dritten Male über die Angelegenheit. Die Postbehörde berechnete ihren Schaden auf 4531.55 Mark. Das Gericht berechnete diesen Schaden jedoch nur auf 4870.70 Mark und erkannte diesmal gegen den Verleger Werle, der aus einem gleichen Grunde schon einmal vorbestraft ist, auf den achtfachen Betrag dieser Summe als Strafe, mithin auf 34,964 Mark. Gegen den Expedienten Reschke wurde der vierfache Betrag gedachter Summe, gleich 17,482 Mark als Strafe festgesetzt. Gegen zwei Ehepaare, welche die Bahnsendungen begleitet hatten, wurde wegen Beihilfe bei dem einem Ehepaare auf je 2195.40 Mark, und bei dem anderen auf je 2175.10 Mark Strafe erkannt.

Aber auch gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein und das Reichsgericht erachtete dieselbe als begründet. Der Schaden der Post war vom Gericht nach dem Portosatz der ersten Zone berechnet worden, während einige Orte, nach denen Zeitungen befördert wurden, über diese Zone hinaus gelegen sind.

In der erneuten Verhandlung am Mittwoch berechnete das Gericht nun die Strafen entsprechend dem Erkenntnis des Reichsgerichts und erhöhte dieselben demgemäß gegen Werle auf **36,252.40 Mk.**, gegen Raschke auf **18,126.20 Mk.** und gegen die beiden Ehepaare auf je **2246.10 Mk.** und **2285.45 Mk.** Insgesamt hat also der „General-Anzeiger" 63,441.70 Mk. Geldstrafe und diverse tausend Mark Gerichtskosten zu zahlen.

* **15 Boykottposten** standen Mittwoch wieder vor dem Schöffengericht, die gegen erhaltene Strafmandate Einspruch erhoben hatten. Vier Genossen wurden freigesprochen, neun wegen „groben Unfugs", verübt durch Zettelverteilen, zu je 10 Mark Geldstrafe und zwei zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt. — Auf jeden „Fall" kommen also 10 Mk., am Tage zuvor wars billiger, indem nur auf je 6 Mark erkannt wurde.

* **Verband der Handelshilfsarbeiter.** In der öffentlichen Versammlung der Handelshilfsarbeiter am Montag im „Goldenen Zepter" erstatteten die Delegierten zum ersten Handelshilfsarbeiter-Kongreß, der in den Tagen vom 16. bis 18. d. Mts. in Berlin stattfand, die Kollegen Riedel, Horn und Zimmer ausführlichen Bericht. Auf der Tagesordnung des Kongresses stand: die Arbeitsverhältnisse der Handelshilfsarbeiter, die Sonntagsruhe, Achtuhr-Ladenschluß, der Sechsuhr-Postschluß, die Unfallversicherung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen und andere die Lage dieser Arbeiterkategorie berührende Beratungsgegenstände. Allseitig wurden die Arbeitsverhältnisse als äußerst ungünstige und durchaus verbesserungsbedürftig geschildert. Die Arbeitszeit beträgt 12½ bis 14 Stunden und die Löhne entsprachen in keiner Weise der langen und anstrengenden Tätigkeit. Immer noch werde eine Einheitlichkeit in der Sonntags-Ruhe vermißt die Uebertretungsfälle sind so zahlreich, daß von einer Sonntagsruhe im Handelsgewerbe überhaupt nicht gut gesprochen werden kann. Zudem treten vielfach Bestrafungen der Chefs ein, aber ungleich zahlreicher sind die Fälle, die nicht zur Anzeige und folglich nicht zur Ahndung kommen. Mit aller Energie müsse für die Durchführung der Sonntagsruhe gewirkt werden. Ein sehr wichtiger Gegenstand ist die Unfallversicherung der Handelshilfsarbeiter. Hierüber hat auf dem Kongreß Kollege Zimmer-Breslau referiert. Mit Energie trat er für Ausdehnung der Unfallversicherung über das gesamte Handelsgewerbe ein. Bekanntlich sind nur die Betriebe versicherungspflichtig, die über Lagerräume verfügen und im Handelsregister eingetragen sind. Die Gefahren, denen die Arbeiter in diesem Berufe ausgesetzt sind, steigern sich fortwährend und die Unfallziffern liefern den schärfsten Beweis dafür.

Im Jahre 1904 wurden in der Lagerei und Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft 4760 Personen verletzt, darunter 487 tödlich. Die Verunglückungen erfolgen hauptsächlich durch Motore, Hebemaschinen, Fahrstühle, Aufzüge, Flaschenzüge 2c. Gegenüber den hohen Verwaltungskosten erscheinen die Beträge für Unfallverhütungsvorschriften direkt lächerlich. Wesentlich trage zu den Unfällen die schlechte Beschaffenheit der Lager- und Packräume, schlechte Beleuchtung, miserable Treppen, morsche Leitern und in hygienischer Beziehung die schlechte Luft in diesen Räumen bei. Hier müsse der Hebel angesetzt werden. Aber in gleicher Weise wie die in der Lagerei beschäftigten Personen sind auch die Arbeiter in den übrigen Zweigen des Handelsgewerbes den Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt und es sei eine durchaus berechtigte Forderung, wenn die Handelshilfsarbeiter die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das ganze Gewerbe beanspruchen. Die Magdeburger Handelskammer, der sich einige Kammern von West- und Süddeutschland angeschlossen, haben sich für die Ausdehnung ausgesprochen, allerdings die reaktionäre Breslauer Handelskammer hat sich zu dieser sozialen Einsicht noch nicht aufschwingen können. Der Reichsregierung erwachse die Pflicht, der Frage näher zu treten und den Wunsch der Arbeiter zu erfüllen.

Auf dem Kongreß ist auch die Frage der Einheitsorganisation berührt worden. Daß der Verband noch nicht die Höhe erreicht hat, um mit mehr Nachdruck die sozialen Forderungen erheben zu können, daran trage die Zersplitterung in den eigenen Reihen mit die Schuld, es beständen noch zu viele Lokalvereine, die ihre eigenen Wege gehen und dadurch das ganze sehr schädigen. In keinem anderen Beruf träten Erscheinungen zutage, wie gerade bei den Handelshilfsarbeitern. Es wurde den Vertretern des Lokalvereins dringend empfohlen, die Frage der Einheitsorganisation in ihren Vereinsversammlungen zur Sprache zu bringen, damit endlich die notwendige Einheit geschaffen werden könne. Die Berliner Vertreter zeigten sich auch dazu geneigt, nur die Breslauer Vertreter zeigten sich der Einheit abgeneigt. Zimmer hofft indessen, daß es hier jetzt anders werden wird. Die Diskussion war eine sehr rege, alle Redner stimmten darin überein, daß große Mißstände beständen, die beseitigt werden könnten, wenn die Kollegen zusammenhielten. Es wurde zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heut am 23. April im Lokal „zum goldenen Zepter" tagende Hausdiener-Versammlung schließt sich voll und ganz der auf dem Handelshilfsarbeiter-Kongreß zu Berlin gefaßten Resolution an, und beschließt dafür zu sorgen, durch eine straffe Organisation dafür einzutreten, daß auch unseren Forderungen Geltung verschafft werden kann."

* **Der Verein der Arbeitervertreter** zur unteren Verwaltungsbehörde und der Schiedsgerichtsbeisitzer hatte für vorigen Freitag eine Sitzung nach dem Gewerkschaftshause einberufen, in der u. a. Kollege Weiße einen Vortrag über den ersten Teil des Invalidenversicherungsgesetzes halten sollte. Trotz der Wichtigkeit der Versammlung waren nur 21 Mitglieder erschienen, denen die unter bezeichneten 35 Fehlenden gegenüberstehen. Der Vortrag wurde deshalb auf die nächste Versammlung verschoben. Laut Beschluß der Versammlung werden hiermit die Namen der fehlenden Arbeitervertreter veröffentlicht, in der Erwartung, daß die resp. Gewerkschaften sie ermahnen, die Vereinssitzungen der Arbeitervertreter in Zukunft regelmäßig zu besuchen.

Von den Schiedsgerichtsbeisitzern fehlten: Zimmerer August Adam, Maschinist August Geisler, Zimmerer Karl Günther, Buchanleger Paul Heinke, Steinsetzer Gustav Herrmann, Kutscher Reinhold Jung, Monteur Oskar Kasten, Aufsichtsbeamter Hugo Krause, Maschinenführer Wilhelm Kupka, Haushälter Heinrich Littmann, Aufseher Ferdinand Mesa, Steinsetzer Mohaupt, Zimmerer Max Neumann, Arbeiter August Patschurek, Fleischer Georg Plesch, Schaffer August Pusch, Monteur Ferdinand Reich, Gärtner Georg Riedel, Bureau-Assistent Oskar Schlinsog, Schlosser Karl Scholz, Promenadenwärter Hermann Schütler, Obermälzer August Starke, Schlosser Paul Thiele, Instrumentenmacher Ernst Trepte, Schaffer Wilhelm Weber, Buchhalter Walter Wende, Arbeiter Friedrich Werner, Schaffer August Zein.

Von den Vertretern zur unteren Verwaltungsbehörde fehlten: Gemeindearbeiter Hermann Reichelt, Bäcker Karl Mache, Gastwirtsgehilfe Paul Fiegert, Kassierer Karl Bartsch, Tischler Franz Ruffeck, Vorschmied August Neumann und Maurer Josef Rother.

* **Der Schneiderverband** hielt am Montag im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom vorigen Quartal verlesen wurde. An Beiträgen wurden eingenommen 1009 Mk. von männlichen und 137.70 Mk. von weiblichen Mitgliedern. An Reiseunterstützung wurden 4 Mk. und an Krankenunterstützung 45 Mk. ausgezahlt. Der Hauptkasse wurden 800 Mk. überwiesen. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 422.15 Mk. auf. Man nahm hierauf Stellung zur Maifeier, wobei die Kollegen zur regen Beteiligung aufgefordert wurden. Alle Schneider, die am Vormittag feiern können, werden sich an den Versammlungen beteiligen und dem allgemeinen Ausfluge anschließen. Der Mehrzahl aber dürfte es erst am Nachmittage möglich sein, die Arbeit ruhen zu lassen. Diese werden sich in einem geeigneten Lokale, das in der „Volkswacht" noch bekannt gegeben wird, sammeln, um dann ebenfalls nach Kosel zu ziehen. Um einen regeren Versammlungsbesuch zu erzielen, sollen in Zukunft alle Versammlungen nebst der Tagesordnung durch Inserat in der „Volkswacht" bekannt gegeben werden. Die weiteren Beratungen betrafen die allgemeine Durchführung des mit dem Arbeitgeberverbande vereinbarten Tarifs. Mitzuteilen ist hieraus, daß mit drei Firmen ein über die erste Tarifklasse hinausreichender Ia Tarif abgeschlossen worden ist.

* **Das Ende der Pferdebahn in Scheitnig.** Der Polizeipräsident macht in seinem „Amtsblatt" bekannt: Wegen Regulierung infolge Umwandlung des Pferdebahnbetriebes in elektrischen Betrieb wird die Parkstraße zwischen Tiergarten- und Wardeinstraße vom 30. d. Mts. ab auf fünf Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* **Berichtigung.** In dem Bericht über die Versammlung der Schirmnäherinnen muß es anstatt: Alfred Tuch, Vertreter der Firma „Tuch u. Angreß" richtig heißen: in Firma „Moritz Lewy Nachf."

* **Erkannte Leiche.** In der Entseelten, die am 24. d. M. aus der Ohle gelandet worden ist, ist das 17 Jahre alte Dienstmädchen Emma Rudolph, Kronprinzenstraße 38, erkannt worden. Das Mädchen hatte am 16. d. Mts. die elterliche Wohnung verlassen.

* **Wem gehört das Backpulver?** Ein in Posen bei einem Krämer irrtümlich eingegangenes Kollo, enthaltend 30 Portionen Lummers Backpulver, lagert dort herrenlos. Das Kollo ist von einer Breslauer Firma abgesendet worden und S. Z. 604 gezeichnet.

* **Vermißt** werden: seit dem 23. d. M. die 3 Jahre alte Elisabeth Heidenreich, Weinstraße 73, und der 11 Jahre alte Alfred Retsch, Messergasse 31.

* **Geprellte Diebe.** In der Nacht zum 24. d. M. wurde ein Einbruch in einen Arbeitskeller auf der Kronprinzenstraße versucht. Der Einbrecher mußte jedoch von seinem Vorhaben Abstand nehmen, weil der zur Tat verwendete Nachschlüssel im Schloß zerbrach. — In der Nacht zum 25. d. M. schlug ein junger Bursche die Scheibe eines Schaukastens auf der Klosterstraße ein. Durch das Hinzukommen eines Schutzmannes wurde der Bursche verhindert, einen Diebstahl auszuführen.

* **Gestohlen** wurden: Einer Witwe auf dem Ring ein Portemonnaie mit 1.50 Mk., aus einem Neubau Bleiröhren im Wert von 60 Mk., einer Arbeiterfrau in einem Geschäft am Neumarkt ein schwarzes Portemonnaie mit 16 Mk. Am 24. d. M. drang ein Arbeiter mittelst Nachschlüssels in die Wohnung seiner Pflegeeltern auf der Anderssenstraße ein und erbrach mit einer Axt ein Vertikow, aus welchem er einen kleinen Geldbetrag entwendete.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 24. d. Mts. 31 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Spitzenboa und ein Paket Borte. — Abhanden kamen am 25. April eine Abonnementskarte der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft (Kleinburg—Obertor), wahrscheinlich auf dem Wege vom Freiburgerbahnhof bis zur Schweidnitzerstraße (Stadtgraben), Finderlohn wird zugesichert; ein Trauring, ein Opernglas, ein Medaillon, ein Portemonnaie mit 180 Mark, eine silberne und eine goldene Damenuhr.

klärung, worin er den Vorfall abzuschwächen suchte, doch ergab die von dem Geraer Landgericht geführte Untersuchung soviel belastende Punkte, daß sowohl gegen den Kraftwagenführer Nowarczyk als Führer wie gegen Rechtsanwalt Abrahamsohn als den Besitzer des Wagens die Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben wurde. Es fanden zahlreiche Ortsbesichtigungen der Strecke statt und auf Antrag der Verteidigung sogar eine amtliche Befahrung der Strecke mit dem Kraftwagen. Auf diese Weise sollte die Schnelligkeit festgestellt werden, mit der Rechtsanwalt Abrahamsohn und sein Fahrer gefahren war. Nachdem nunmehr der Verhandlungstermin, zu dem 16 Zeugen geladen waren, und in dem Justizrat Seile die Verteidigung seines Kollegen Abrahamsohn übernommen hatte, nahegerückt war, hat sich bei der Zustellung der Ladungen plötzlich herausgestellt, daß der Fahrer Nowarczyk ins Ausland geflohen ist. Damit ist die Verhandlung der Angelegenheit, die nun schon über ein Jahr die Gerichte beschäftigt, wieder in weitere Ferne gerückt, falls nicht die Geraer Strafkammer zu dem Beschluß gelangen sollte, gegen den Mitangeklagten Rechtsanwalt Abrahamsohn allein zu verhandeln.

Zum Untergang des belgischen Schulschiffes „De Smet de Naeyer", bei dem der Kapitän Fourcault und 33 Mann ertranken, wird weiter gemeldet, daß unter den Geretteten sich zwei Unterleutnants, zwei Lehrer, ein Arzt, zwölf Kadetten und neun Matrosen befinden. Das Schiff sank am 19. d. M. auf ungefähr 47 Grad 12 Minuten nördlicher Breite und 4 Grad 50 Minuten westlicher Länge im Golf von Gascogne bei starkem Sturm. Zum Glück war die französische Viermastbark „Dunkerque" in der Nähe und fischte später die Geretteten, die in Booten umhertrieben, auf. Die Ladung des gesunkenen Schiffes bestand aus 2200 Tonnen Zement, außerdem aus Eisen, Glas und Kohlen. Es war mit 100,000 Fr. versichert. Der Gesamtverlust beträgt 750,000 Fr. Das Schulschiff hatte eine zu schwere und große Takelage. Schon am Schluß der ersten Seefahrt verließen die meisten Offiziere das Schiff, weil sie es für seeuntüchtig hielten. Es ist 1904 in Greenock vom Stapel gelaufen, kippte aber dabei, weil es unrichtig gebaut war, um. Die Nachricht von dem Unglück hat in Antwerpen ungeheures Aufsehen erregt und wird möglicherweise noch ein politisches Nachspiel haben. Es heißt sogar, das Unglück könne den Sturz des Kabinetts zur Folge haben, da diesem schon wiederholt vorgeworfen worden sei, daß es das Schulschiff trotz seiner geringen Seetüchtigkeit von der Werft abgenommen hatte.

Der erste Aufstieg zum Vesuv. Professor Matteucci, der Leiter des Vesuv-Observatoriums, hat am Dienstag seinen ersten Aufstieg zu den berüchtigten Kraterwänden des Vesuvs unternommen. Matteucci konstatierte an Ort und Stelle, daß der Kraterrand in der Richtung auf San Giuseppe und Pompeji zu eingestürzt ist. Er stellte weiter fest, daß der Kraterrand sich auf einen Umkreis von über 1½ Kilometer erweitert hat. Von der Drahtseilbahn sind nur noch wenige Ueberbleibsel vorhanden. In der Gegend von [illegible] stellte Matteucci fest, daß die Trambahn durch die vulkanischen Erschütterungen durchschnitten ist und 50 Meter weit von dem alten [illegible] fortgeschleudert wurde.

Aus Schlesien und Posen.

Zum Streik der Gottesberger Bergarbeiter.

Am Montag fanden wieder zwei stark besuchte Versammlungen der Streikenden in Hellhammer und Rothenbach statt. Von den Referenten Husemann und Tholl wurde über die Situation gesprochen. Dieselbe ist nach wie vor günstig, da bis jetzt während der 6wöchigen Dauer des Streiks sich noch fast niemand hat verleiten lassen, zur Grube zurückzukehren. Da man alle möglichen Mittel schon versucht hat, die Streikenden uneinig zu machen, bis jetzt aber immer der Erfolg gleich Null gewesen ist, so versucht man jetzt mit dem letzten noch vorhandenen Mittel das Glück zu versuchen. Man schickt jetzt, soviel wie man imstande ist, den Leuten die Papiere ins Haus. Aber auch dieses wird nicht viel helfen, da die Streikenden auf alles gefaßt sind. Wenn der menschenfreundliche österreichische Direktor Rösner zu diesem Mittel gegriffen hat, so ist das leicht verständlich, soll doch dieser liebenswürdige Herr in Oesterreich schon dadurch einen Streik gewonnen haben, das heißt er hat die Leute so eingeschüchtert, daß sie wieder zur Grube gelaufen sind. Herr Rösner soll gesagt haben, daß er schon mehrere Streiks mitgemacht hat und Sieger geblieben ist, er meint, er wird es auch hier sein. Wir befürchten aber, daß sich Herr Rösner an diesem Streik ebenso die Zähne ausbeißen wird, als wie sie sich Herr Direktor Danikoff beim Neuroder Streik ausgebissen hat. Auch dieser Herr (welcher auch aus Oesterreich stammt) sagte kurz vor dem Streik: „Ihr Leute streikt doch, ich habe schon drei Streiks mitgemacht, ich werde auch mit dem vierten fertig werden.“ Trotzdem ist er aber nicht damit fertiggeworden, und so wird es auch Herrn Rösner gehen. Schade nur um das viele Porto, welches durch das Papiere senden verpulvert wird. Auch muß es einem um die armen Postbeamten leid tun, welche so sehr herumjagen müssen. Aus Mitgefühl für die betreffenden Postboten haben auch heute früh die Rothenbacher Kameraden gehandelt, indem sie direkt in der Versammlung die Papiere verbreiteten, welches einesteils große Heiterkeit erregte, anderenteils viele Mühe den Postbeamten ersparte.

In den hiesigen bürgerlichen Zeitungen ist zu lesen, daß Direktor Rösner allen Streikenden die Papiere senden will. An Stelle der Streikenden will er Auswärtige heranziehen. Wie [illegible] dieses dem Herrn Rösner aufs Wort. Die Hauptsache ist, daß auch Leute von auswärts für diesen bis jetzt gezahlten Hundelohn zu haben sind. Mit dieser Bekanntmachung kann aber konstatiert werden, daß bisher Herr Rösner geflunkert hat, wenn er sagte, daß wenn die Arbeiter nicht zur Grube zurückkehrten, er die Gruben stillegen würde. Es zeigt sich hier, daß man nur deswegen diese Gerüchte an den Mann bringt, um Verwirrung in die Reihen der Streikenden zu bringen. Als Antwort auf diesen neuen Trick hat die Streikleitung beschlossen, alle diejenigen, welche die Papiere noch nicht haben, nach dem Werk zu senden, um dieselben zu holen, damit diese Schikanerei ein Ende nehmen muß. Ferner hat die Streikleitung beschlossen, allen denen, welche schon oft an die Streikleitung herangetreten sind, um ihre Erlaubnis zur Auswanderung zu holen, dieselbe zu erteilen. Es haben sich schon heute rund 300 Streikende gemeldet, welche in den nächsten Tagen nach auswärts verziehen werden. Es haben sich so viele gemeldet, so daß sie nicht alle auf einmal genommen werden konnten, sondern dieselben auf den nächsten Transport warten müssen. Sollte dieser Beschluß den Gemeinde-Behörden, Bürgern und Geschäftsleuten nicht gefallen, sollten verschiedene dadurch Schaden erleiden, so ist das nicht die Schuld der Streikenden. Diese Leute, welche durch den Fortzug geschädigt werden, können sich beim Direktor Rösner bedanken. Es ist möglich, daß das bißchen Sympathie, welches dem Direktor Rösner von seiten der Bürgerschaft bis jetzt entgegengebracht wurde, vollends ganz verschwindet. Die Streikenden haben sich gelobt, nicht eher zur Grube zurückzukehren, bis höhere Löhne errungen sind, und sollten tausend und mehr Leute auswandern müssen. Allgemein hört man die Streikenden sagen, daß sie unter diesen miserablen Bedingungen auf keinen Fall in die Grube zurückkehren werden. Von seiten der Streikleitung ist beschlossen worden, ein Flugblatt an die Bürgerschaft herauszugeben, damit auch sie aufgeklärt wird, und reinen Wein eingeschenkt bekommt. Ferner ist beschlossen worden, Donnerstag wieder fünf Versammlungen mit der Tagesordnung abzuhalten: „Der Fortzug Streikender als ein Kampfmittel der Gewerkschaften.“ Zu diesen Versammlungen ist auch die Bürgerschaft eingeladen. Alle Streikenden müssen in diesen Versammlungen erscheinen. Mit der Aufforderung, treu und fest im Kampf weiter zu verharren, wurden die begeistert verlaufenen Versammlungen geschlossen.

Gottesberg, 25. April. Eine Folge des Alkoholismus. Eine häßlich-brutale Tat, welche einen tödlichen Ausgang nahm, verübte am 20. d. Mts., Abends gegen 6 Uhr, der Bergmann Exner aus Gottesberg an dem Stellenbesitzer und früheren Gemeindevorsteher Matern aus Hartau, Kreis Landeshut. Am genannten Tage befand sich Matern auf seinem zwischen dem Gasthause „zum freundlichen Hain“ und dem Gasthause „zu den Düppeler Schanzen“, nicht weit von der Landeshuter Chaussee befindlichen Felde, woselbst er mit Ackerarbeiten beschäftigt war. Gegen Feierabend ging an dem Maternschen Felde der Invalide Rauer, gleichfalls von hier, vorüber und Matern und Rauer unterhielten sich miteinander. Während dieses Gespräches bog Exner, von Landeshut kommend, von der Kreischaussee ab, kam über das Feld auf Matern zu und blieb — er war sehr betrunken — vor ihm stehen. Auf die Frage des Matern was er wolle, antwortete Exner, er wolle ihm etwas zeigen, wobei er in die Tasche griff. Matern, dem Exner nicht bekannt gewesen sein dürfte, und der mutmaßlich schon früher mit ihm Differenzen gehabt haben dürfte, glaubte wohl, daß Exner eine Waffe aus der Tasche bringen werde. Um dies zu verhindern, ergriff Matern etwas sehr voreilig die Rodehaue und schlug mit dem Stiele derselben Exner auf die Hände. Nun ergriff Exner, ein Mann von herkulischer Größe und Kraft den Matern, welcher gleichfalls über außergewöhnliche Körperkraft verfügte und es entstand ein gewaltiges Ringen. Matern gelang es zwar, seinem Angreifer zu entfliehen, er wurde jedoch von seinem Angreifer eingeholt und zu Boden geworfen. Nach kurzem Kampfe entkam Matern ein zweites Mal. In der Nähe der Hoffmann'schen Besitzung wurde jedoch der Verfolgte von seinem Verfolger wieder eingeholt, zu Boden geworfen und durch Fußtritte derartig am rechten Auge und am Kopfe verletzt, daß nach kurzer Zeit, ehe der schwer Verletzte in seine Wohnung gebracht werden konnte, der Tod eintrat. Bald wurde Exner von dem Stellmachermeister Weihrauch aus Hartau eingeholt und mit Unterstützung von mehreren anderen hinzugekommenen Personen nach dem Gasthofe „zu den Düppeler Schanzen“ gebracht, wobei Exner keine Gegenwehr leistete. Nachdem polizeiliche Hilfe herbeigeholt worden war, wurde Exner nach dem Amtsgerichtsgefängnis zu Landeshut überführt, nachdem er von den Anwesenden noch weinend Abschied genommen hatte.

Wie uns mitgeteilt wird, ist Exner ein Opfer des Alkohols, der nüchtern der beste Mensch sei und dann stets seine im Rausch begangenen Taten schwer bereue. Das Streikkomitee hat von Anfang an die Streikenden ermahnt, den Alkohol zu meiden. Leider gibt es überall Leute, die sich solchen vernünftigen Anordnungen nicht fügen.

Schweidnitz, 26. April. Für die Besucher der Kynsburg und des Schlesiertales kommt soeben eine recht erfreuliche Kunde. Von den Touristen wurde es als eine unerfreuliche Erschwerung empfunden, daß es erst der Leistung eines Eintrittsgeldes bedurfte, um in die Räume der Burg, ja selbst um bis an die Restaurationsräume im Vorhofe der Burg zu gelangen. Wie der Pächter des Burgrestaurants jetzt bekannt gibt, ist von nun an die Leistung eines Eintrittsgeldes zur Kynsburg für immer aufgehoben worden. Die Aufhebung dieser Einrichtung, die eine Schröpfung des Publikums bedeutete, ist jedoch nicht erfolgt, weil der Besitzer (Freiherr v. Zedlitz-Neukirch) plötzlich humane Anwandlungen bekommen hat. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Zahl der Besucher immer geringer wurde.

Schweidnitz, 25. April. Wie die Polizei arbeitet. Wie verschieden oftmals das Verhalten von Personen von der Polizei im Gegensatz zum Gericht beurteilt wird, zeigte eine Verhandlung vor der Strafkammer. Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ berichtet darüber: „Im November v. Js. kam ein Töpfer aus Finsterwalde mit dem Namen Tannebaum nach Schweidnitz in eine feuchtfröhliche Gesellschaft. Schwer bezecht wankte er zu später Stunde seinem Logis zu. Er findet aber die Haustür verschlossen und beginnt in lebhafter Weise Wechversuche zu unternehmen. Zwei Nachtbeamte nehmen darauf den Finsterwalder Sänger mit zur Wache. Eine Anklage wegen Ruhestörung ist ihm sicher. Der Uebeltäter wird nach seinem Namen gefragt. Er nennt sich „Tannebaum“. Sein Zungenschlag ist aber so stark, daß die Beamten den Namen „Dahbor“ heraushören. Am nächsten Tage ergibt sich, daß der Name Dahbor falsch ist, und da sich die Beamten einen Hörfehler nicht zutrauen, folgt Punkt 2 der Anklage: Angabe eines falschen Namens Beamten gegenüber. Am nächsten Tage merkt der aus seiner Trunkenheit Ernüchterte, daß ihm in der Nacht das Portemonnaie abhanden gekommen ist. Er macht davon der Polizei Mitteilung und diese erblickt in seinen Angaben einen weiteren Punkt zu einer Anklage: Wissentlich falsche Anschuldigung, da sie die Meinung vertritt, daß T. die Beamten des Diebstahls bezichtige. Es folgt ein Strafprozeß, T. muß aus der Lausitz zur Verhandlung kommen und — wird freigesprochen. Entgegen der Auffassung der Polizei hielt der Gerichtshof mit dem Staatsanwalt für sehr wohl möglich, daß die Beamten bei der Namensnennung sich verhört haben; ferner waren Staatsanwalt und Gerichtshof der Ueberzeugung, daß Tannebaum bei seinen Angaben bei der Polizei in keiner Weise die Absicht gehabt habe, die Beamten des Diebstahls zu bezichtigen.“

Wenn es also allein nach der Polizei gegangen wäre, wenn die Richter dieselbe Methode wie die Polizei befolgt hätten, dann säße der Mann jetzt unschuldig im Gefängnis! Auf diese Weise fördert man das Vertrauen zur Polizei .....

Schmiedeberg, 25. April. Eine öffentliche Volksversammlung fand am Sonntag im Gasthof „zum goldenen Schlüssel“ statt, in welcher Genosse Otto Rühle aus Leipzig einen Vortrag über Volksschulwesen und Religionsunterricht hielt. Den Inhalt des Vortrages haben wir s. Zt. am 22. Februar in der „Volkswacht“ veröffentlicht, sodaß sich eine Wiedergabe erübrigt. Die trotz des schönen Wetters so zahlreich besuchte Versammlung spendete dem Referenten für seine tadellosen Ausführungen lebhaften Beifall. Nur einige konnten sich das schenken, nämlich die hiesigen Lehrer und Geistlichen, die trotz besonderer Einladung nicht erschienen waren. Mehrere Genossen erklärten ihren Austritt aus der Landeskirche.

Hirschberg, 26. April. Ein tragisches Schicksal. Am Sonnabend machte ein 15jähriger Sattlerlehrling in Bolkenhain seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Er hatte im Laufe des Nachmittags von seinem Meister eine Ohrfeige bekommen. Darüber war der junge Mensch in so maßlose Wut geraten, daß er auf der Stelle die Werkstatt verließ und nach Hause eilte. Da er aber bei den Eltern, die Fabrikarbeiter sind, nicht den erwünschten Schutz erhielt, schlich er sich gegen Abend auf seine Kammer und erhängte sich.

Der freisinnige „Bote“ bekommt es fertig, dem Aermsten jetzt einen feigen Fußtritt zu geben. Das freisinnige Blatt, das zu dumm ist, das Schicksal des armen mißhandelten Jungen zu verstehen, erklärt ganz wie die junkerlichen Gemütsmenschen vom Schlage Knuten-Oertels die Ohrfeige für „wohlverdient“! Ja, nicht genug damit! Das Blatt behauptet ferner, der mißhandelte Lehrling habe durch seinen Selbstmord „seinem Meister einen Possen spielen“ wollen! Wie lange werden eigentlich anständige Arbeiter dieses junkerliche Freisinnsblatt noch unterstützen?

Landeshut, 25. April. Zur Lohnbewegung der Textilarbeiter. Auf die Forderungen betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in den hiesigen Textilbetrieben ist von den vereinigten Unternehmern ein Anschlag ergangen, der in den Arbeitsräumen angeheftet wurde. Derselbe enthielt die Mitteilung, daß ab 17. April eine 59stündige Arbeitszeit pro Woche eingeführt wird, und zwar soll in den Monaten vom 15. April bis 15. September Montag bis Freitag früh von 6½ bis 11½ Uhr, Mittags von 1 bis 6 Uhr, Sonnabend früh von 6½ bis 11 Uhr — von 11 Uhr ab Putzen der Maschinen — Mittags von 1 bis 5½ Uhr gearbeitet werden, wobei die Frühstücks- und Vesperpausen in Wegfall kommen. — Die Arbeiterschaft wird zu dieser Neuregelung Stellung nehmen.

Liegnitz, 26. April. Streik der Bautischler. Am Montag legten 65 Bautischler die Arbeit nieder, nachdem sie vor 3 Wochen den Arbeitgebern ihre Forderung überreicht hatten und von diesen die Unterhandlung über den Tarif immer wieder hinausgezogen wurde. Das Verfahren der Arbeitgeber war zu durchsichtig, man wollte die Verhandlung so lange hinziehen, um die wichtigsten und dringendsten Arbeiten erst fertigzustellen; diesem konnten die Arbeiter nur dadurch begegnen, daß sie die Arbeit niederlegten, um so die Unternehmer zu Verhandlungen zu zwingen. Jetzt sind solche auch, wie wir hören, im vollen Gange.

Posen, 25. April. Zur Maureraussperrung. Die Unternehmer im Baugewerbe versuchen jetzt mit allen Mitteln, ihr Vorhaben, die Plätze der ausgesperrten Maurer mit auswärtigen Arbeitswilligen zu besetzen, durchzuführen; sie haben damit bis jetzt herzlich wenig Erfolg gehabt. Nachdem es gelückt ist, einen Trupp von ca. 150 Italienern, die für Posen bestimmt waren, unterwegs anzuhalten und zur Umkehr zu bewegen, versuchen es die Bauprotzen jetzt, Arbeitswillige aus der Provinz heranzuziehen. Und wie überall, so erblickt auch hier die Polizei ihre vornehmste Aufgabe darin, sich rückhaltslos und ohne weiteres in den Dienst der Unternehmer zu stellen. So trafen heute hier 12 Maurer aus Pleschen ein, die von dem Baumeister Regendant angeworben worden waren, um an dem Neubau Ecke Graben- und Große Garbestraße beschäftigt zu werden. Um nun diese teuren Personen vor „Belästigungen“ seitens der Ausgesperrten zu schützen, war ausgeklügelt worden, daß sie auf dem Bahnhof Louisenhain aussteigen sollten. Als sie aber auch hier die Streikposten erblickten, zogen sie es vor, in Posen auf dem Zentralbahnhofe auszusteigen und sich unter polizeilichen Schutz zu begeben. Hier wurden die zwölf Arbeitswilligen von einem Schutzmannsaufgebot unter Führung eines Kommissars empfangen und von diesen in Droschken nach dem Bauplatze eskortiert. Der Neubau selbst, auf welchem die Arbeitswilligen Beschäftigung fanden, war den ganzen Tag über von einer starken Schutzmannskette, ebenfalls unter dem Kommando eines Kommissars sowie eines Wachtmeisters, umgeben, die sorgsam jeden fernhielten, der sich dem Bau zu nähern versuchte. Eine größere Anzahl ausgesperrter Maurer, die dem Arbeitswilligentransport folgten und den Neubau beobachteten, ist auch bereits von den Polizisten notiert worden. Der ungewöhnliche Vorgang hatte eine große Menge Schaulustiger angelockt; den ganzen Tag über umstanden dichte Scharen dieser Neugierigen den von den arbeitswilligen Maurern besetzten und von der Polizei behüteten Neubau in der Großen Garbestraße.

Seit der letzten Versammlung der Arbeitgeber, in welcher sie beschlossen, sich auf keinerlei Verhandlungen mit den Ausgesperrten einzulassen, sondern deren bedingungslose Unterwerfung zu fordern, ist der Kampf in ein ganz neues Stadium getreten. Während sich früher die Arbeitnehmer bereit erklärten, noch ein Jahr zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten, haben sie jetzt den Unternehmern auf ihr Verhalten die einzig richtige Antwort gegeben, indem sie nunmehr selbst zum Angriff übergegangen sind. In drei von den betreffenden Verbänden, dem Zentralverband, dem christlichen und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, zu gleicher Zeit gesondert abgehaltenen Versammlungen haben die Ausgesperrten beschlossen, nur dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Unternehmer sich verpflichten, in diesem Jahre einen Stundenlohn von 52 Pfennigen und im nächsten Jahre einen Stundenlohn von 55 Pfennigen zu zahlen. Eine diesbezügliche, gleichlautende Resolution wurde in allen drei Versammlungen einstimmig angenommen. Es haben auch bereits 17 nicht dem Arbeitgeberverbande angehörende Bau-Unternehmer diese Vereinbarung unterschrieben, bei diesen wird schon zu den neuen Bedingungen gearbeitet.

— Die Genickstarre. Wie amtlich mitgeteilt wird, betrug die Zahl der im Monat März im Regierungsbezirk Posen vorgekommenen Genickstarrefälle 32, davon 12 Todesfälle. Hiervon entfielen auf die Stadt Posen allein 16 Erkrankungs- und 6 Todesfälle. Im Monat April sind bis zum 24. im ganzen 17 Erkrankungs-, darunter 6 Todesfälle amtlich gemeldet worden, von denen auf die Stadt Posen 8 Erkrankungs-, darunter 2 Todesfälle kommen.

Posen, 26. April. Ein Glück, daß keine Breslauer Polizei hier ist! Der Neubau Ecke Graben- und Große Gerbergasse, auf welchem die zwölf arbeitswilligen Maurer aus Pleschen ihre Streikarbeit verrichten, war am Dienstag bis in die späte Abendstunde von einer dichten Menschenmasse umlagert. Schon im Laufe des Tages zählte dieselbe nach Hunderten und um 8 Uhr Abends mögen es wohl über 2000 Personen gewesen sein, die den Neubau und die diesen umspannende Polizeikette in der Großen Gerberstraße und auch die Zugänge zu derselben, die Wasser- und die Büttelstraße, füllten. Wie immer bei derartigen Anlässen machten sich auch hier allerhand zweifelhafte Elemente die Gelegenheit zu nutze, durch Johlen, Pfeifen und sonstige Lärmszenen Verwirrung anzurichten. Auch hier waren es namentlich die halbwüchsigen Burschen, die einen geradezu widerlichen Radau verursachten. Trotzdem verhielt sich die Polizei besonnen; sie begnügte sich damit, die Massen zurückzudrängen und die Passage freizuhalten; dadurch sind Zusammenstöße vermieden worden, die Menge verlief sich schließlich und durch ihr korrektes und ruhiges Verhalten, hat die Polizei jedes größere Unglück verhütet. Den Arbeitswilligen, die unter den Augen einer so großen Zuschauermenge zu arbeiten gezwungen waren, mag es trotz polizeilichen Schutzes doch nicht recht geheuer erschienen sein; sie verließen ihren Arbeitsplatz garnicht erst, sondern zogen es vor, die Nacht über auf dem Neubau zuzubringen, und die ganze Nacht hindurch wurden sie in ihrem Bau wenn auch nicht von dem ganzen Polizeiaufgebot, so doch von mehreren Schutzleuten sorgfältig bewacht. Am Mittwoch früh begann sich wiederum das Publikum anzusammeln, doch scheint sich das Interesse für die Sache allmählich abzuflauen. Am Mittag zeigte die Straße fast ihr gewöhnliches Aussehen, nur die wiederum in größerer Anzahl aufgebotenen Polizeimannschaften ließen erkennen, daß etwas besonderes los sei. Im ganzen sind am Dienstag bis um 10 Uhr Abends neun Personen zur Bestrafung notiert worden, ob dieses sämtlich ausgesperrte Maurer waren, ist uns nicht bekannt. — Bis jetzt haben 25 außerhalb des Arbeitgeber-Verbandes stehende Arbeitgeber den neuen von den Arbeitnehmern geforderten Lohntarif unterschrieben; bei diesen wird bereits zu den neuen Bedingungen 52 Pfg. Stundenlohn gearbeitet.

Posen, 25. April. Sklaven. Anläßlich der Maurer-Aussperrung hat der Magistrat es für ratsam erachtet, drei Feuerwehrleute am Anbau des Schlachthofes als Maurer in Tätigkeit zu stellen. Eine Spritze gebrauchen sie dazu nicht.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Eine unglaubliche Roheit hat in **Bohrau** ein stellungsloser Oekonom verübt, indem er in den Stall eines Stellenbesitzers ging und einer dort stehenden Kuh ein zirka zehn Zentimeter langes Stück von der Zunge abschnitt. Ob man es hier — wie es scheint — mit einem Geistesgestörten zu tun hat, hat, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Das Schwurgericht in **Gleiwitz** verurteilte den Kalköfenarbeiter Paul Gawron aus Makrau wegen Raubes an dem Steinbrucharbeiter Czerwinski, den er dabei noch schwer mißhandelte, zu fünf Jahren Zuchthaus und Ehrverlust. — Von der Vereinigten Königs- und Laurahütte vernahm man am Sonntag gegen 3 Uhr Nachmittag einen furchtbaren Knall. Es stellte sich, dem „Oberschl. Wand.“ zufolge, heraus, daß der Hochofen 4 am unteren Ende schadhaft geworden war. Das glühende Eisen drängte sich mit elementarer Gewalt durch die Oeffnung und ergoß sich ins Wasser. Zum Glück ist der Unfall an

einem Sonntage passiert, wo der ganze Betrieb ruhte. — Ein Revolverattentat auf seine Quartiergeberin, die Steinarbeitersfrau Hielscher in Gräben bei Striegau, verübte der gegenwärtig arbeitslose Porzellanmaler Barowka aus Rußland, der eine zeitlang in der Gräbener Zuckerfabrik als Schleifer beschäftigt worden ist und bei den Hielscherschen Eheleuten in Logis war. Als er nach Hause gekommen war, geriet er mit Frau Hielscher wegen des Essens in Streit, wobei er sie am Halse packte und würgte, sowie im weiteren Verlaufe einen Revolver hervorzog und drei Schüsse auf sie abfeuerte, von denen sie zwei am Vorderkopf und einer am Hinterkopf schwer verletzten. Darauf feuerte er 2 Schüsse auf sich ab und verletzte sich im Gesicht. — Ein schweres Unglück ereignete sich in der dem Kulturingenieur Tripmacher in Schweidnitz gehörenden Ziegelei in Hausdorf. Als dort der Ziegeleiarbeiter Gebauer aus Zedlitzheide im Lehmlager beschäftigt war, löste sich plötzlich ein großer Teil der Lehmwand los und verschüttete den Arbeiter. Er war bis um die Schultern von den Erdmassen umgeben, die ihm beide Beine und das Kreuz zerschmetterten. Die Rettungsarbeiten wurden alsbald mit aller Energie aufgenommen und Gebauer konnte noch lebend dem Krankenhause zugeführt werden. Die Verletzungen waren aber so ernster Natur, daß er ihnen am folgenden Tage erlag.

Feststellungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, 25. April.

Pro 100 Kilogramm

	gute höchst	gute niedr.	mittlere höchst	mittlere niedr.	geringere Sort. höchst	geringere Sort. niedr.
Weizen, weißer	17.60	17.00	16.80	16.40	16.30	15.90
Weizen, gelber	17.70	16.90	16.80	16.40	16.30	15.90
Roggen	15.70	15.10	15.00	14.80	14.70	14.50
Braugerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—.—	—.—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Hafer	16.40	15.90	15.80	15.40	15.30	14.90
Viktoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.30—2.60 Mk.
Stroh, per Schock 24.00—26.00 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl fest, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 fest, 24.00—24.50 Mk. Roggenmehl 00 fest, 23.00—23.50 Mk. Roggen-Hausbacken fest, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat,
Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht" zu haben.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 26. April:

Holzarbeiter. Quartalsversammlung im großen Saale.
Platzdeputierten-Versammlung der Zimmerer. Abends 8 Uhr im Zimmer 2.
Holzarbeiter. Außerordentliche Mitgliederversammlung Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonnabend, den 28. April:

Buchbinder. General-Versammlung Abends 8½ Zimmer 2. Mitgliedsbuch vorzeigen!

Sonntag, den 29. April:

Verband der Böttcher. Vormittags 10 Uhr, Zimmer 1.
Rammer und Hilfsarbeiter. Zahltag von 9 bis 11 Uhr. Zimmer 1.
Arbeiter-Sängerbund. Ausschußmitglieder. Vormittags 10 Uhr Zusammenkunft. Pünktliches Erscheinen erbeten.

Donnerstag, den 3. Mai:

Generalversammlung der Maler. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).
Bezirke 12, 13, 14, 15, 19. Sonnabend, den 28. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt 6 (Nikolaitor).
Donnerstag, den 26. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Abrechnung der Marken und Programme. Bezirksführerbücher sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Bezirk 2. Donnerstag, den 26. April: Zusammenkunft und Zahlabend. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Der Bezirksführer.

Bezirk 8. Donnerstag, den 26. April: Zusammenkunft und Zahlabend. Der Bezirksführer.

[Distri]kt 7 (Nikolaitor).
Bezirke 4 und 5. Donnerstag, den 26. April: Zusammenkunft und Zahlabend. Einer wichtigen Besprechung wegen ist das Erscheinen aller nötig. Die Bezirksführer.
Bezirke 6 und 7. Sonnabend, den 28. April, Abends 8 Uhr: Zahlabend und Zusammenkunft, sowie Ausgabe der Maikarten. Die Bezirksführer.

Distrikt 8 (Odertor).
Sonnabend, den 28. April, Abends 8½ Uhr: Abrechnung der Marken, Programme und Abonnenten, Ausgabe der noch übrigen Karten zu den Maiversammlungen. Mitglieder sind eingeladen.

Distrikt 9 (Odertor).
Sonntag, den 29. April, früh 10 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollkarten sind mitzubringen.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostkreis).
Freitag, den 27. d. M., Abends von 6½ Uhr an: Ausgabe der Karten zu den Versammlungen am 1. Mai im Distriktslokal.

Distrikt 19.
Sonntag früh Abrechnung der Bezirksführer.

Hirschberg. Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Sonnabend, den 28. April, Abends 8 Uhr, in der Andreasschenke zu Cunnersdorf. Tagesordnung: Die Aussperrung der Metallarbeiter Breslaus und das Verhalten der Polizei. Diskussion. Referent: Fr. Schlegel-Breslau.

Waldenburg. Schmiedeverband. Sonntag, 29. April, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Gasthaus „Zum goldenen Stern", Gottesbergerstraße. Vortrag des Arbeitersekretärs Bergmann über die gegenwärtigen Kämpfe in der Metallindustrie.

Jauer. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonnabend, den 28. April, Abends 8 Uhr, im „grünen Adler", Versammlung.

Brieg. Maurer. Sonnabend, den 28. April, Abends 6 Uhr, bei Quicker, Versammlung.

Kattowitz. Volksversammlung. Sonnabend, 28. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokale, Rathausstraße Nr. 12. Tagesordnung: Die Religion in der Volksschule und die neue Volksschulvorlage. Referent: Lehrer a. D. Otto Rühle-Leipzig. Freie Diskussion.

Stadt-Theater.
Donnerstag: Anfang 8 Uhr: „Salome."
Freitag: „Maria Stuart."
Sonnabend: Wagner-Cyklus. „Lohengrin."

Lobe-Theater.
Donnerstag: Gastspiel Annie Dirkens: „Mamzelle Nitouche".
Freitag: „Der Obersteiger."
Sonnabend: Gastspiel Annie Dirkens: „Die Dame von Maxim".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Donnerstag: Gruppe L. 3. Vorstellung: „Im weißen Rößl."
Freitag: Gruppe M. 3. Vorstellung: „Im weißen Rößl."

Liebich's Etablissement
Telephon 1646.
Otto Reutter
und das phänomenale April-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
12 Attraktionen 12
u. A.:
Nordini — Das Muskel-Phänomen.
Roland der größte Pflastmann der Welt.
John Barley.
Bons Wochentags gültig.

Wilhelm Langner
Zigarrenfabrik, Bismarck-Straße 20
empfiehlt sein [1191]
Lager selbstgefertigter Zigarren einer geneigten Beachtung.

Kaffee
[illegible] ½ Pfd. 25 Pf.
Haushaltschokolade Tafel 13 „
bester Form Pfd. 17 „
f. Speise-[illegible] „ 57 „
„ [illegible] „ „ 69 „
Berliner [illegible] „ 63 „
[illegible] „ 14 „
Zigarren Nr. 9
[illegible] 10 Stück 38 Pf.
Franz Gräschel
[illegible]

Zirkus Busch
Heute Donnerstag, d. 26. April, abends 7½ Uhr
Gala-Première.
70 dressierte Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn **Hagenbeck,**
sowie des Dompteurs Herrn **Albers.**
Ferner:
Das vollständig neue Gala-Programm.
Auftreten der gesamt. neu engagiert. Künstler und Künstlerinnen und Vorführung der neuest. Meisterdressuren.
Preise der Plätze:
Fremdenloge 5 Mk., Loge 4 Mk., Parkett 2,50 Mk., Tribüne 2,50 Mk., Mittelbalkon 2,25 Mk., Seitenbalkon 2 Mk., 1. Platz 1,50 Mk., II. Platz 1 Mk., Galerie 50 Pf.
Billet-Vorverk. zu Kassenpr. ab Montag, den 23. April im Zigarrengeschäft von Gust. Ad. Schleh (Tel. 2219) Schweidnitzerstr. Die Zirkuskasse (Tel. 3824) ist ab Mittwoch, den 25. d. M. von 11 Uhr vormittags geöffnet. 1543

Strohhüte [941]
für Damen, Herren u. Knaben
billigst **direkt** Strohhut- in der Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof.
Freund & Krebs.

Empfehle den Genossen mein
Barbiergeschäft
Haberland 1473
Hirschstraße Nr. 50.

Höchst wichtig für Hausfrauen!
Feine Vanille-Stücken-Schokolade
gar. rein à Pfund 80 Pf., bei 10 Pfd. 1 Pfd. Rabatt.
Entölter reiner Kakao von stets frischer Pressung.
Familien-Kakao à ¼ Pfund 25 Pf., ein ganzes Pfund 95 Pf.
Konsum-Kakao à ¼ Pfund 30 Pf. ein ganzes Pfund 1.15 M.
Haushalt-Kakao feine Qualität à Pfd. 1.40 M. bei 5 Pfd. ½ Pfd. Rabatt.
Sahne-Kakao feinschmeckend, leicht verdaul. à Pfd. 1.40 M.
Sahne-Schokolade gesund, nahrh., wohlschmeck. à Pfd. 1.40 M.
[illegible]-Schokolade feine Delikatesse à Pfd. 1.60 M.
Kandierter Kakaotee immer frisch à Pfd. 25 Pf.
Kakao-Schalen à Pfd. 10 Pf.
Tees neuer Ernte feine Mischungen à Pfund 1.40, 1.60, 1.80, 2.20, 2.80 bis 4.00 M.
Grün-Tees à Pfund 1.20 bis 1.60 M.
empfiehlt
Wilhelm Boese
Schokoladen-Haus
Breslau I, [illegible]straße 3
[illegible]

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung, sowie bei der Krankheit meiner lieben Frau sage auf diesem Wege meinen innigsten Dank. — Besonderen Dank dem Bergarbeiter-Verband für seine zahlreiche Grabbegleitung.
1607 **Wilhelm Walter,** Fellhammer.

Verband der Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen.
Am Sonntag, den 29. April 1906, findet eine
ausserordentliche Mitglieder-Versammlung
im „Kühlen Strand der Oder", Adalbertstr. 10, statt.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz.
2. Die Aussperrung in der Metallindustrie und ihre Begleiterscheinungen. 1614
Mitgliedsbuch und Streikkarte legitimiert.

Pariser Garten
Jeden Montag u. Donnerstag, abends von 7—11 Uhr [1085
Grosses Frei-Konzert.

Volksvorstellung 1905/6
(Thalia-Theater).
XI. Aufführung.
Sonntag, den 29. April 1906,
Nachmittag 3½ Uhr:
Die Brüder von St. Bernhard
von Ohorn.
Preise der Plätze:
I. Rang 0,30, Galerie 0,10.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Kolporteuren.

Gesellschaftswagen
zu Ausflügen, 8–20 Personen fassend, sind zu verleihen bei
C. Jackisch, Klosterstr. 140.
Telephon 841. [1606

1613
Keine Fleischnot!
Heute eingetroffen Doppelwaggon feinsten weißen Cablian. Verkaufspreis 15 Pfg. per Pfd.
D. D.-F.-G. Nordsee
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen.

Pfandleihe Münzstr. 2 G. Freund [illegible]
Auswärts brieflich.

Eine Wickelmacherin
m. f. täglich 300 Stück [1609
Prounitzstr. Nr. 52 (Pöpelwitz).

Freundliches Logis
f. Herrn Siebenhufenerstr. 75 III. [1608

Kaufe alte Möbel, Eisschränke, Altertümer, Kunstgegenstände geg. sof. Zahlg.
1612 **Wahler, Gartenstr. 36.**

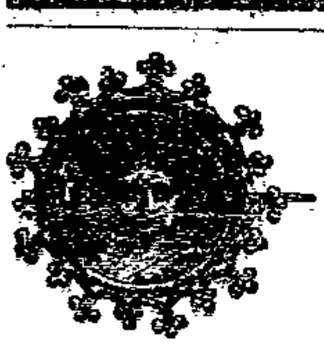
Traugott Friedrich
Friedrich-Wilhelmstr. 85.
Bringe allen Bekannten und Gönnern meine [661
Papier- u. Schreibwaren-Handlung
in empfehlende Erinnerung.
Zigarren u. Zigaretten. Bester Fabrikat.
Friedrich-Wilhelmstr. 85.

Gute Bäckerei
im Arbeiterviertel, ist wegen andauernder Krankheit billig zu verkaufen. Offerten u. U. 12 a. d. Exped. d. „Volkswacht". 1610

Friedrich-Wilhelmstraße 72
Carl Birkholtz Nchf.
empfiehlt
Pa. Pa. Kautabak
sowie sein reichhaltiges Lager von
Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Schnupftabaken. 1656

Schweißfüße
werden geruchlos und trocken bei Gebrauch von Erwin Meyer's 50 Pf. Einstreupuder 50 Pf. Drogerie am Landeshause, Gartenstr. 75, Ecke Neudorfstraße. Nach auswärts 60 Pf. in Briefmarken. [1232

Zahn-Institut
„Wohlfahrt"
Reuschestr. 10, I. **Breslau** Reuschestr. 10, I.
Ecke Büttnerstrasse.
Zahnziehen . . . . . 1 Mk.
Nervtöten . . . . . 1 „
Wurzelbehandlung 1 „
Plomben je nach Qualität.
Zahnersatz desgleichen. 678
Sprechstunden
finden von 9— Uhr, Sonntags von 9—1 Uhr statt.
Für Unbemittelte von 8—9 Uhr vormittags und 7—8 Uhr abends kostenlose Behandlung.
Dieselbe wird zart und schonend ausgeführt.
„Zahn-Institut Wohlfahrt."


Semi-Emaille-Porträts
nach jed. Photographie i. künstlerisch. Ausführung
in Broschen, Krawattennadeln, Uhrenhäng., Medaillons, Ringen 2c.
Vergrößerungen und Verkleinerungen billigst.
Photograph. Aufnahmen von Gruppen, Vereinen außer dem Hause, auch außerhalb, preiswert.
Paul Ullrich, Bismarckstr. 32. 1611

Gute, billige Uhren, 667
unter mehrjähriger Garantie,

Gold- und Silberwaren,
Herren-Uhren v. 3 Mk. an
Silb. Herren- u. Damen-Uhren v. 6 Mk. an
Goldene Damen-Uhren v. 12 Mk. an
Regulateure v. 7 Mk. an
Wanduhren und Wecker v. 3 Mk. an
Goldene Herren-Uhren billigst.
Trauringe und Ketten in verschied. Gold.
Musikwerke.
Reparaturen werden in meiner Spezial-Werkstatt sauber und billig ausgeführt.
R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistr. Nr. 41.

Strohhüte
für Herren, Damen und Kinder.
Detail zu Engros-Preisen. Detail zu Engros-Preisen.
Adolf Brodalla, Stroh- und Filzhut-Fabrik,
759 **Andersenstrasse 6.**
Modernisieren schnell und billigst.